

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Freitag, den 3. November 1899.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Das Centrum und das allgemeine Stimmrecht.

II.

Zunächst seien zwei lehrreiche Erinnerungen aufgeführt. Im Jahre 1867 veröffentlichte die nationalliberale Partei einen Wahlauftrag zu den preussischen Landtagswahlen, der unter anderem unterzeichnet war von unserem einstmaligen Parteigenossen, dem jetzigen preussischen Finanzminister Herrn v. Miquel und von Herrn v. Bennigsen, in dem das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht für das festeste Bollwerk der Freiheit erklärt wurde, und worin sie verlangten, daß der nächste preussische Landtag prüfe, wie das beschränkte Klassenwahl-System, das sich überlebt habe, durch das allgemeine Stimmrecht ersetzt werden könne.

Das war genau vor 32 Jahren, und heute sind diese Nationalliberalen die grimmigsten Gegner jeder Reform des Dreiklassenwahlsystems im demokratischen Sinne.

Und zwei Jahre später, 1869, beantragte sogar Herr v. Kardorff, man bedenke Herr v. Kardorff, damals der Freund der Demokratie, wie heute der Freund des Freiherrn v. Stumm, der Landtag solle einen Gesetzentwurf der preussischen Regierung, der dahin ging, eine anderweitige Feststellung der Wahlkreise vorzunehmen, ablehnen, dagegen der Regierung zu erwägen geben, ob es sich nicht im allgemeinen politischen Interesse empfehle, die Zusammensetzung des preussischen Abgeordnetenhauses in Bezug auf Abgrenzung der Wahlbezirke, den Wahlmodus und die Zahl der Abgeordneten mit der des Reichstages in Einklang zu bringen und damit eine nähere organische Verbindung der beiden Körperschaften anzubahnen.

So damals die Nationalliberalen und Herr v. Kardorff! Und heute Staatsrechtbefürworter zur Beseitigung des allgemeinen Stimmrechts, Socialistengesetz, Umsturz- und Zucht-hausvorlagen im Interesse des heiligen Kapitals.

Das Centrum ist erst später in die demokratischen Säue der Nationalliberalen und des Herrn v. Kardorff geschlüpft. Das Centrum ist bekanntlich eine Schöpfung des Bismarckschen sogenannten Kulturkampfes. Ohne den Kulturkampf bestände das heutige Centrum nicht. Das Centrum muß daher in Bismarck seinen Vater verehren, wie die Socialdemokratie in Bismarck, dem Urheber des Socialistengesetzes, ihren unfreiwilligen Gönner und Förderer begrüßt.

Das Centrum mußte nach seiner Entstehung demokratisch sein oder es konnte nicht sein. Dementsprechend stellte es im Jahre 1877 im preussischen Landtag den Antrag auf Einführung des Reichstags-Wahlrechts für die preussischen Landtagswahlen, den der verstorbene Windthorst begründete. Der Antrag wurde abgelehnt, aber das Centrum hat seitdem nicht mehr auf denselben zurück.

Die Ausföhrung mit Bismarck, das Einschleusen des Kulturkampfes ließ es ihm rasch erscheinen, die alte demokratische Fahne einzurollen und sich als „staatsbehaltende“ und konservative Partei zu betrachten. Daher fanden auch die verschiedenen Gemeinde-Wahlgesetze, beruhend auf dem Dreiklassenwahlsystem, für die verschiedenen preussischen Provinzen in der Hauptsache seine Zustimmung.

Am deutlichsten aber trat der Gefinnungswechsel des Centrums hervor, als im Jahre 1893/94 nach der ersten auf Grund der neuen Steuergesetze stattgehabten allgemeinen Landtagswahl das Ministerium Miquel-Eulenburg einen „Wahlgesetz-Reformvorschlag“ im Landtage einbrachte, der den allzu sehr hervortretenden plutokratischen Charakter des Dreiklassenwahlsystems etwas dämpfen sollte. Die Landtagswahl von 1893 hatte gezeigt, daß auf Grund des neuen Einkommen- und Vermögenssteuer-Gesetzes eine solche gewaltige Steigerung der großen Einkommen und Vermögen vorhanden war, daß in zahlreichen Wahlkreisen nicht mehr von einer Wahl, sondern nur noch von einer Ernennung der Wahlmänner der ersten und zweiten Klasse und damit auch der Abgeordneten die Rede sein konnte.

Das elendeste und erbärmlichste aller Wahlgesetze, wie es Bismarck schon 1867 im konstituierenden Norddeutschen Reichstag genannt hatte, war also mittlerweile noch viel elender und erbärmlicher geworden, so elend und erbärmlich, daß es selbst seinen treuesten Verehrern, den Miquel und Eulenburg, unheimlich wurde und sie den erwähnten Wahlgesetz-Reformvorschlag im Landtage einbrachten. Wie z. B. in Berlin die Veränderungen innerhalb des Wahlsystems wirkten, geht daraus hervor, daß von 1849-1893 die Zahl der Wahlberechtigten in der ersten Abteilung von 3,1 Proz. der gesamten Urwähler auf 1,4 Proz., in der zweiten Abteilung von 9,4 Prozent auf 8,2 Prozent sank, dagegen in der dritten Abteilung von 87,5 Proz. auf 90,1 Prozent stieg. Seitdem hat sich der plutokratische Charakter des Wahlsystems noch schroffer herausgebildet.

Nach Herrn von Miquels eigenen Worten sollte der Wahlgesetz-Reform-Entwurf nur bezwecken, daß nicht ein so starkes Ueberwiegen der plutokratischen Elemente beim preussischen Wahlrecht in Zukunft vorhanden sei. Zu diesem

Zweck schlug die Regierung statt der bis dahin vorgenommenen Drittelung der direkten Staatssteuern in einem Wahlkreise eine Zwölftelung vor, dergestalt, daß die erste Wählerklasse 5, die zweite 4 und die dritte 3 Zwölftel des Steuerbetrages aufzubringen habe. Weiter aber wurde vorgeschlagen, daß vom 1. April 1895 an nicht nur die direkten Staatssteuern (Einkommen- und Vermögenssteuer nebst der Gewerbesteuer für den Gewerbebetrieb im Umherziehen) bei dem Wahlrecht in Anrechnung kommen sollten, sondern auch die direkten Gemeinde-, Kreis-, Provinzial- beziehungsweise Bezirkssteuern. Dazu sollten an Orten, wo direkte Gemeindesteuern nicht erhoben wurden, an deren Stelle die vom Staate veranlagten Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuern, auf deren Erhebung aber der Staat vom 1. April 1895 ab verzichtete, in Anrechnung kommen.

Es wurden also hier Steuern in hohen Beträgen in Anrechnung für das Wahlrecht gebracht, die gar nicht erhoben wurden. Insbesondere kam diese Begünstigung den circa 16 000 ostelbischen selbstständigen Gutsbezirken zu statten, deren Besitzer selbstherrlich die Gemeindeverwaltung ihres Gutsbezirks und bis zu einem gewissen Grade auch die Staatsverwaltung in Händen haben.

Weiter wurde bestimmt, da Einkommen unter 900 M. keine Einkommensteuer bezahlen, diesen so Eingeschägten einen Steuerfuß von 3 M. in Anschlag zu bringen, daß aber für einen solchen Urwähler andere von ihm zu entrichtende Staats- und Gemeindesteuern nicht in Anrechnung gebracht werden dürften. Endlich, daß diese Urwähler sämtlich und unter allen Umständen in der dritten Abteilung wählen müßten, auch dann, wenn nach der aufgestellten Steuerzwölftelung ein Teil von ihnen in die zweite oder gar in die erste Klasse fallen sollte, was in der That nach den aufgestellten Berechnungen in einer Reihe von Wahlkreisen möglich gewesen wäre.

Hier also Entrechtung auf Grund gezahlter Steuern, auf der anderen Seite erhöhtes Recht auf Grund nicht gezahlter Steuern.

Man wird zugeben, daß es einen größeren Spott und Hohn auf eine sogenannte Wahlreform nicht geben konnte, als diesen Miquel-Eulenburgschen Gesetzentwurf.

Was that aber das Centrum? Hat es gegen diesen scheußlichen Gesetzentwurf principiell opponiert? Keine Spur davon. Das Gegenteil geschah. Das Centrum ließ sich mit den Konservativen auf eine Kugel ein, bei der es freilich schließlich der betrogene Teil war. Das Centrum war bereit, den Gesetzentwurf mit allen seinen Vorrechten für die Junker und Kapitalisten gutzuheißen, wenn die Konservativen einwilligten, daß Einkommensteuer-Beträge einzelner Steuerzahler, die 2000 M. überschritten, bei der Wahlrechts-Verteilung nicht in Anrechnung kämen. Damit legte es die reichen Bankiers und Großfabrikanten in Rheinland und Westfalen hinein, die ohne Ausnahme nationalliberal oder freikonservativ sind, und verhalf seinem Anhang in der zweiten Wählerabteilung zum Sieg. Ferner verlangte das Centrum, daß die Zwölftelung der Steuererträge nicht nach dem Steuerbetrag des Wahlkreises, sondern nach dem Steuerbetrag der Wahlbezirke in jedem Wahlkreis stattfinden, wodurch die Ungeheuerlichkeiten des bestehenden Wahlgesetzes bei Verteilung des Wahlrechts in den einzelnen Wahlkreisen sogar in die Wahlbezirke der Kreise verlegt und dadurch noch ungeheuerlicher gemacht wurden.

Die Konservativen gingen zum größten Kerger der Nationalliberalen, die sich durch dieses Kompromiß in einer Anzahl Wahlkreise depoffidiert sahen, darauf ein. Aber das Herrenhaus machte dem Centrum einen Strich durch die Rechnung. Es lehnte die Begrenzung auf 2000 M. Einkommensteuer nicht nur ab, sondern strich auch den Zwölftelungsvorschlag der Regierung. Als dann der so veränderte Gesetzentwurf an die Zweite Kammer zurückging, begangen die Konservativen den Verrat am Centrum, daß sie den Änderungen des Herrenhauses zustimmten und in Gemeinschaft mit den ausgeföhnten Nationalliberalen den Entwurf zum Gesetz erhoben.

Das betrogene Centrum schäumte vor Wut und insbesondere konnte der Abg. Wagem, einer der Hauptmacher im früheren Kompromiß mit den Konservativen, sich nicht enthalten, der neuen Majorität zuzudonnern: „Das Wahlgesetz, wie es gegenwärtig in der Form des Herrenhauses vorliegt, ist in unseren Augen geradezu eine Vergewaltigung der Mittelstände (III) und eine derartige Benachteiligung des Wahlrechts der unteren Stände, daß wir an dieser Politik nicht beteiligt sein wollen.“

Das war Heuchelei über Heuchelei. Denn das Wahlrecht, was Herr Wagem und seine Freunde den „unteren Ständen“ zugebacht hatten, war nichts als eine taube Kuh, ein Messer ohne Hest und Klinge.

Bei jener Beratung hatte nicht das Centrum, wohl aber Herr Niderst den Antrag gestellt, das allgemeine gleiche, direkte und geheime Wahlrecht für die Landtagswahlen einzuföhren. Und wiederum war es der Centrums-Abgeordnete Wagem, der diesen Antrag als aussichtslos bekämpfte und erklärte: sie d. h. er und seine Parteigenossen, würden nicht für den

Antrag sprechen, aber für ihn stimmen, mit anderen Worten, man bereitete ihm ein stilles Begräbnis, da es doch unmöglich anging, bei der Verteidigung, die das Centrum aus Partei-Nachgründen dem Reichstags-Wahlrecht zu teil werden läßt und nachdem es 1877 selbst im Landtag den Antrag auf Einführung des Reichstags-Wahlrechts gestellt hatte, jetzt gegen den Antrag Niderst zu stimmen. Hier zeigt sich die Zweideutigkeit und der Betrug, den das preussische Centrum speciell an den in seinem Heerbann befindlichen Arbeitern begangen hat.

Herr Wagem hat kürzlich in Köln bei Gelegenheit der Gründung des Windthorst-Bundes folgendes geäußert:

Wenn eine politische Partei groß werden, oder wenn eine große politische Partei auf der Höhe bleiben will, dann muß sie haben die Besonnenheit des Greises, die Ehrlichkeit des Mannes, die Begeisterung der Jugend. In Bedächtigkeit fehlt es der Centrumpartei nicht; man könnte sogar glauben, daß sie von diesem Artikel zu weilen etwas viel habe. Es fehlt auch nicht an Männern, welche die große Schule der siebziger Jahre durchgemacht haben. Ueberall, wo es gilt, sind sie zu sehen. Die Frage aber, ob die Begeisterung, wie sie vor 20 und 30 Jahren wahrnehmbar war, noch vorhanden ist, könnte ich wahrheitsgemäß nicht bejahen. Im Jahre 1873 oder 1874 stellte die Centrumpartei bei der Reichstagswahl 27 Proz. aller Wähler, bei der vorigen Reichstagswahl nur noch 18 Proz.; die 27 Proz. stellt jetzt die Socialdemokratie. Das giebt zu denken.

Herr Wagem meinte weiter: Es würde schlimm um das Centrum und die Zukunft stehen, wenn die Abnahme der Begeisterung sich dauernd bemerkbar mache, wenn die Begeisterung der Jugend uns fehlen sollte.

Herr Wagem vergißt, daß nur der Kampf für große Ziele Begeisterung erwecken kann, aber eine Partei, die alle ihre demokratischen Ideale aus den Zeiten des Kulturkampfes in den Schrank eingekerkert hat, die heute für alle reaktionären Maßregeln auf dem Boden des Handwerker- und Bauernschutzes, für fast alle Forderungen des Militarismus zu Wasser und zu Lande, für die Vermüdung der Schule etc. zu haben ist und nur für kümmerliche Arbeiter-schutzmaßregeln mühselig sich erwirmt, die kann keine Begeisterung mehr erwecken. Wer ewig zwischen drei und vier verschiedenen Lagern hin- und herpendeln muß, heute diesem ein silbernes Nichts und morgen jenem ein goldnes Parteineulichen verspricht, der hat aufgehört, ein Gegenstand der Anziehung zu sein.

Nachdem erst wieder im letzten Sommer anlässlich der Konatvorlage der Plan auftauchte, des Centrums Widerstand gegen dieselbe durch Konzessionen auf dem Gebiete der Gemeinde-Wahlreform zu brechen, d. h. durch eine Konzession, die wie ein Ei dem andern der Vorlage zur Landtags-Wahlreform von 1893 ähnelt, hat die Socialdemokratie in Preußen allen Grund, die Augen aufzuhalten.

Die Socialdemokratie in Preußen hat bisher der inneren Entwicklung des Landes und dem Treiben der bürgerlichen Parteien hierbei zu wenig Aufmerksamkeit zugewendet. Das sollte endlich anders werden. Der politische Zustand Preußens steht mit seiner wirtschaftlichen Entwicklung in schneidendem Widerspruch. Insbesondere muß die Socialdemokratie in Preußen die Wahlreform auf ihre Fahne schreiben und die bürgerlichen Parteien zwingen, wiederum Farbe zu bekennen.

Da aber das Centrum in Preußen mehr noch als dasjenige in Bayern große Organisationen katholischer Arbeiter ins Leben gerufen hat, so sollten unsere Parteigenossen speciell in den überwiegend katholischen Landesteilen mit diesen Centrumsarbeitern Fühlung nehmen und sie für eine Wahlrechtsreform-Bewegung zu gewinnen suchen. Das gleiche muß geschehen mit den protestantischen Arbeitern, die in den von der protestantischen Geistlichkeit gegründeten Arbeiter-Organisationen vereinigt sind.

Das die Nationalliberalen und Herr v. Kardorff schon vor 30 und 32 Jahren für nötig hielten, daß der preussische Landtag nach einem dem Reichstags-Wahlrecht gleichen Wahl-system gewählt werde, das sollte endlich durch die gesamte Arbeiterklasse in Preußen zu erkämpfen versucht werden.

Es geht nicht mehr an, daß man diejenige Klasse von dem wichtigsten Rechte im Staate ausschließt, auf deren Rücken als Fundament der Oberbau der bürgerlichen Gesellschaft sich erhebt; daß diejenigen rechtlos sind, durch deren Arbeit erst die andern die Rechte besitzen, die sie zum Schaden der Arbeiterklasse anwenden.

A. B.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 2. November.

Gegen das Zucht-hausgesetz.

Nach Professor Brentano erhebt Professor von Sillenthal-Heidelberg nachdrücklichen Protest gegen den Gesetzentwurf „zum Schutze des gewerblichen Arbeitsverhältnisses“. Aus seinem klaren und eindringlichen Artikel in der „Deutschen Juristen-Zeitung“, dessen wir bereits Erwähnung thaten, geben wir gern einige Abschnitte wieder.

Das Streikvorschriften.

Erweitert wird durch § 4 A 2 E. der Begriff der Drohung im Sinne der §§ 1-3 E. dadurch, daß ihr gleichgesetzt werden soll die planmäßige Ueberwachung von Arbeitgebern, Arbeit-

Die Insertions-Gebühr beträgt für die sechsgehaltene Kolonne, je nach deren Raum 40 Pfg., für politische und gewerbliche Vereins- und Berammlungs-Anzeigen 20 Pfg. „Klein-Anzeigen“ jedes Wort 5 Pfg. (nur das erste Wort frei). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 5 Uhr vormittags geöffnet.

Verantwortlicher: Amt I, Nr. 1500.
Telegraphische Adresse:
„Socialdemokrat Berlin“

Arbeitsstätten, Wegen, Straßen, Plätzen, Bahnhöfen, Wasserstrassen, Hafen- oder sonstigen Verkehrsanlagen", d. h. kurz gesagt, das Ausstellen von Streikposten. Wenn die Motive der Bestimmung besondere Wichtigkeit beinhalten, so ist das durchaus richtig. Ihre Durchführung würde eine erfolgreiche Arbeitseinstellung einfach unmöglich machen. Der Streik ist ein wirtschaftlicher Kampf. Seine Bedeutung besteht natürlich nicht darin, daß bestimmte Arbeiter bei ihrem Arbeitgeber nicht mehr weiter arbeiten, sondern, daß während des Kampfes in dem oder den betreffenden Betrieben überhaupt nicht gearbeitet wird. Zugang anderer Arbeiter fernzuhalten, ist aber das einzige Mittel, das zu einem Siege der Arbeitnehmer führen kann. Die Vernahme von Handlungen, die nach gemeinem Recht strafbar sind, ist selbstverständlich unstatthaft; wenn aber der Staat weitergeht und an sich erlaubte Handlungen bei einer solchen Gelegenheit vorzunehmen verbietet, so liegt darin eine ausdrückliche und gänzlich unbegründete Parole gegen die streikenden Arbeiter. Die Motive wissen für die Strafdrohung nichts beizubringen, als die Erwägungen, daß solche Handlungen ein geeignetes Beeinflussungsmittel seien, und daß das Streikpostenstellen zu Gewaltthatigkeiten führen könne. Nirgends tritt so scharf wie in dieser Bestimmung die Tendenz des Entwurfs hervor, "Arbeitswillige" nicht gegen Vergewaltigung, sondern gegen Verunsicherung überhaupt zu schützen, nicht Gewaltthaten bei Arbeitseinstellungen zu bestrafen, sondern diese selbst unmöglich zu machen. Schließlich heißt es, daß eine Agitation zu Gunsten von Arbeitskämpfen auf den dem gemeinen Gebrauche dienenden Verkehrsanlagen nicht geduldet werden kann. Warum nicht — das ist für jeden unerschöpflich, der nicht den Arbeitskampf selbst für einen eigentlichen unstatthaften Vorgang ansieht. Denn alles sonst Angeführte: Hinderung des Verkehrs, Gefahr von Ausschreitungen usw., kann mit den Mitteln des gemeinen Rechts in völlig genügender Weise bekämpft werden. Was eigentlich erreicht werden soll, das geht jetzt noch deutlicher aus der Denkschrift hervor, die es immer wieder betont, daß das Verbot der Streikenden dahin gehe, die Arbeitswilligen vom Weiterarbeiten abzuhalten oder zur Arbeitseinstellung zu bewegen. Es ist demgegenüber immer wieder zu betonen, daß darin allein nichts Strafbares liegt. Wenn, wie aus Vancin (Denkschrift S. 85) als Gegenstand zahlreicher Klagen und Beschwerden berichtet wird, zureisende Arbeiter auf den Bahnhöfen durch Zureden, Botschaften, Warnungen und Bezahlung des Reisegeldes zur Umkehr bestimmt werden, so ist es für den Geist des Gesetzes ungemein bezeichnend, daß man diesen Klagen durch Strafbestimmungen abhelfen will.

Strafverfolgung ohne Antrag.

Nicht minder bezeichnend ist es, daß im § 5 die in Bezug auf einen Streik gegenstreikende begangenen tätlichen Verletzungen, Körperverletzungen und Sachbeschädigungen ohne Antrag verfolgt werden sollen. Grund: Die Verletzten stellen häufig keinen Straf-antrag. Daß trotzdem eine Verfolgung hier für nötig gehalten wird, beweist deutlich, wie wenig es sich im Grunde um die Interessen des Verletzten handelt. Die Hauptsache ist, daß einige Streiker mehr bestraft werden können. Die geringen Tätlichkeiten (dem irgend erhebliche Ausschreitungen der Art sind schon nach § 228 a des Strafgesetzbuchs Offizialdelikte), ohne die es bei Meinungsverschiedenheiten in den hier in Betracht kommenden Gesellschaften kaum abgeht, werden von den Beteiligten meist ganz richtig als Bagatelien behandelt, gerade so gut wie die Schimpereien und bösen Drohungen, die niemand ernst nimmt. Darum und keineswegs immer aus Angst unterbleibt der Strafantrag. Wo er aber wirklich aus Angst unterbleibt, da wird der Geängstete kaum ein sehr bereitwilliger Zeuge sein, und gerade Verhandlungen über derartige Strafsachen sind der geeignetste Boden für fahrlässige und willkürliche falsche Eide.

Nach dem Streik.

Nur aus der tiefen Abneigung gegen Streiks überhaupt läßt sich auch § 6E erklären. Er bezieht sich sogar auf Handlungen, die dem Streik nachfolgen und soll den Streikbrecher (nicht auch den Streiker!) gegen nachträgliche Kränkungen und Schädigungen schützen. Freilich auch während des Streiks würden Drohungen und Verurteilungen strafbar sein, bei denen der Tatbestand der Nötigung im Sinne des Strafgesetzbuchs und dieses Entwurfs nicht vorliegt. Aber da nach allgemeinen Grundsätzen daran festgehalten werden muß, daß die Drohung die Androhung einer eigenen oder wenigstens vom Drohenden veranlaßten Handlung eines anderen voraussetzt, so ist § 6 in der Hinsicht überflüssig. Das gleiche gilt von § 7. Zur Verhütung ernstlichen Unfugs giebt § 116 des Strafgesetzbuchs die Handhabe, und sind Gewaltthatigkeiten gegen Personen oder Sachen begangen, so liegt Landfriedensbruch (§ 125 des Strafgesetzbuchs) vor. Daß aber jemand mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft werden soll, weil er sich in einer Menschenmenge befindet hat, aus der heraus geschimpft worden ist, das läßt sich als legislative Forderung ernsthaft wirklich nicht rechtfertigen.

Die Gesamttenenz des Entwurfs.

Mehr noch als die besprochenen Mängel in der Ausführung macht seine ganze Tendenz das Gesetz verwerflich. Text, Motive und Denkschrift lassen darüber keinen Zweifel, daß der Entwurf gegen die Streiks und damit nach Anschauung des Verfassers mittelbar gegen die Sozialdemokratie gerichtet ist. Zwischen den Zeilen ist deutlich zu lesen, daß Arbeitseinstellungen zwar nicht strafbar, aber doch unehrlich sind und aufhören würden, wenn nicht einzelne Agitatoren der sozialdemokratischen Partei aus nicht oder minder eigenwilligen Zwecken sie immer wieder ins Leben riefen. Erleidet werde das durch die Organisation der Arbeiter, die ohnehin leicht in die Hände der Sozialdemokratie geriete. Wenn nun die Organisation selbst auch nicht verboten werden kann, so soll doch wenigstens das Werden für sie erschwert werden. Tatsächlich würden die bestehenden Organisationen sehr bald zerfallen sein, wenn es gelänge, die Arbeitseinstellungen, in denen um sie gekämpft wird, unmöglich zu machen. Einen andern Sinn hat aber der "Schutz der Arbeitswilligen" praktisch nicht. Er liefert nur den Arbeitgebern die Truppen, mit denen sie die Unzufriedenheiten besiegen können. Es ist deshalb durchaus richtig, den Entwurf als gegen die Arbeiter gerichtet anzusehen, wenn auch formell seine Bestimmungen eben so gut für die Arbeitgeber gelten.

Zu den Marineplänen.

Die "Norddeutsche Allgemeine Zeitung" giebt nun zu, daß der Bundesrat noch nicht mit den Plänen der Hamburger Kaiserorte, die das Reichs-Marineamt übernommen hat, befaßt worden ist. Für dieses die Rechte des Bundesrats selbst während Verfahren hat das offiziöse Organ die Entschuldigung, daß ja eine eigentliche "Vorlage" noch nicht vorhanden sei.

Die nicht vorhandene Vorlage wird unterdes von den Blättern weiter eifrig umstritten. Die "Freisinnige Zeitung" stellt freudvoll fest, daß der 17-jährige Flottenplan bereits Risiko gemacht habe, und läßt in ihrer Freudenheiligkeit das Befehlmiss durcheinander, daß sich über eine "Verstärkung der Flotte an sich" eher reden lasse.

Wenn das am Freisinnsholze geschieht, ist es nicht allzu erstaunlich, daß die "National-Zeitung", die Fremdbin des Juchhausgesetzes, das gesamte Verhalten der Reichsregierung bei der Herausbringung der neuen Marinepläne in Wausch und Wogen gutheißt.

Unficher bleibt die Haltung des Centrums und der Agrarier. Konnten wir gestern einige Centrums-Außerungen citieren, die sich einigermaßen scharf gegen die Marinetreiber wandten, so zeigen heute selbst bayrische Centrumsblätter

ein recht marinelustiges Gesicht. So sagt die "Augsburger Postzeitung":

Ob aber der Reichstag ja sagen wird, darauf sind wir sehr neugierig. Ganz gewiß aber wissen wir, daß zu dem Plane erheblich mehr Mitglieder des Centrums nein sagen werden als zu dem Flottengesetz von 1908. Was uns am meisten an der Sache wundert, ist der Mut des Reichsausschusses und des Staatssekretärs Tziply, die 1 1/2 Jahre nach den Verhandlungen über das Flottengesetz diesen neuen Plan zu empfehlen wagen. Wir haben keinen Augenblick geglaubt, daß das vorjährige Gesetz das letzte Wort in der Flottenfrage sei. Die Kamme ist im Rollen, sie wird umwälzen. Die Notwendigkeit einer starken deutschen Flotte wird auch in immer weiteren Kreisen des deutschen Volkes anerkannt. Aber man soll doch auch mit dem Reichstage und der Opferwilligkeit des Volkes nicht sein Spiel treiben.

Das ist das bekannte Her und Hin der Centrums-Diplomaten, die mit nein anfangen und mit ja endigen. Auch die Wildheit der Agrarier, denen alles Uebererfische ein gekündes Grauen einjagt, gegen die neuen alldeutschen Pläne beginnt sich zu befähigen. Die "Deutsche Tageszeitung" beginnt einzulenzen; warum den Wiff mit der Regierung noch verschlimmern? Der Kaiser will nur einmal neue Schiffe, — ist es da nicht klüger, diese Wünsche nur soweit zu bekämpfen, daß einige tüchtige Broden für die agrarische Begehrlichkeit dabei abfallen? Die Flottenfrage ist Vertrauensfrage, sagt das Agrarierblatt. Erwerbe sich die Regierung unser Vertrauen, indem sie unsern agrarischen nimmerstotigen Hunger stillt, — und wir werden als gute Söhne des Vaterlandes über neue Schiffsbewilligungen mit uns sprechen lassen.

Was aber die Durchführung der neuen Flottenpläne den Flottenbegeisterten einbringen würde, das zeigt heute schon eine Aeußerung des angeführten Londoner "Globe":

Wenn Deutschland eine Flotte verlangt, die mächtig genug sein soll, um seine Kolonien — gegen welchen Gegner in der — zu schützen, und genug mobil, um seine Handelsstraßen in der ganzen Welt offen zu halten, dann muß es sich zu noch viel größeren Geldausgaben entschließen. In einer Frage dieser Art kann es keine halbe Maßregeln geben. Seine Kolonien sind vom Mutterlande durch ungeheure Entfernungen getrennt, und eine sehr große Flotte ist notwendig, um sie im Kriege gegen eine starke Seemacht zu behaupten. Es ist richtig, wenn man behauptet, daß Großbritannien die einzige Großmacht ist, die in der Lage ist, im Falle eines Krieges ihre Handelsstraßen und Kolonien genügend zu schützen, aber der Preis, der für dieses Privilegium gezahlt wurde, ist so hoch, daß er selbst den deutschen Kaiser zurückschrecken muß. In Verbindung mit dieser Frage müssen sich die deutschen Staatsmänner noch einen anderen Punkt vor Augen halten: Jede Vergrößerung ihrer Flotte wird mit Verstärkungen unserer eigenen erwidert werden. Unsere Rivale mögen ihren Flotten noch so viele Schiffe hinzufügen — Großbritannien wird doch immer die eigentliche Herrin der See bleiben.

Das wird unsere Aüdenstehung nicht hindern, eifrig weiter aus den Taschen des arbeitenden Volkes in das Danaidenfaß der militäristischen und marinistischen Wettbewerben zu schöpfen.

Deutsches Reich.

Die Englandreise Wilhelm II. wird trotz des alldeutschen Flehens doch vor sich gehen. Den "Berliner Neuesten Nachrichten" zufolge soll am 21. November zu Ehren des deutschen Kaisers in London ein Kapitel der Ritter des Hosenband-Ordens abgehalten werden.

Am nächsten Mittwoch soll der Zar mit dem Kaiser in Potsdam zusammentreffen. Wir geben diese Familiennachrichten wieder, weil daran politische Kombinationen geknüpft werden.

Erst leben, dann segeln. Die "Kreuz-Zeitung" bemerkt in einem Wort zur Flottenfrage: "Navigare ist gewiß necesse, aber ohne das vivere wird's eben nicht möglich sein. Dieser Satz variiert die Inschrift am Schifferhaus in Bremen: Navigare necesse est, vivere non est necesse. Schiffsahrt treiben ist notwendig, leben ist nicht notwendig — ein Spruch, den der Kaiser in seiner Bremerer Reichstagsrede 1893 als Lösung ausgab.

Das Junkertum aber will erst leben, d. h. gut leben, bei hohen Getreidezinsen und reichen Viebesgaben, dann wird es auch — meint die "Kreuz-Ztg." — das Segeln gestatten.

Schutz der Arbeitswilligen! Im "Kreuz-Zeitung" lesen wir:

Gesamtlich haben die ärztlichen Bezirksvereine im Königreich Sachsen zur Erreichung ihrer Forderung, daß die Eisenbahnbetriebs-Krankenkassen die Leistungen der Krankenärzte nach den Mindestsätzen der Gebührenordnung honorieren sollen, beschlossene, gegen Ärzte, die sich den Beschlüssen der Vereine nicht fügen, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln vorzugehen. Nachdem nun der Vorstand der Eisenbahnbetriebs-Krankenkassen es abgelehnt hat, mit dem Bezirksverein Dresden-Stadt als Bevollmächtigten der übrigen sächsischen Bezirksvereine in Beziehung zu treten, vielmehr nur mit den einzelnen Ärzten unterhandeln will, hat der Bezirksverein Dresden-Stadt den Beschluß gefaßt, die von 14 Dresdener Ärzten vorgelegten Verträge mit der Betriebs-Krankenkasse der Staatseisenbahn nicht zu genehmigen und gegen die Ärzte, die ihre Vertragsunterzeichnung nicht binnen einer bestimmten Frist zurückgeben, das ehrengerichtliche Verfahren einzuleiten. Dem Beschluß des Dresdener Vereins sind andere Bezirksvereine beigetreten. Die Generaldirektion der sächsischen Eisenbahnen hat jedes Eingreifen in die Angelegenheit abgelehnt.

Vielleicht wird Graf Posadowsky gegen den "himmelschreienden Terrorismus" der Ärzte-Organisation, der arbeitswillige Kollegen von der Arbeit abhalten will, einen § 9 in das Juchhausgesetz einführen. Da die Behinderung ärztlicher Arbeit Gefahr für Gesundheit und Leben des Publikums bedeutet, so wird Graf Posadowsky sicherlich "schwerste Strafe" über diese Uebelthäter verhängen.

Der alte preussische Landrat ist nicht mehr. Das hat der alte Regierungs-Minister v. Jadow auf einem Abschiedessen fest-gesetzt, das zu Ehren des wegen des Kanals gemahregelten Landrats z. D. v. Prockhausen gegeben worden ist. Herr v. Jadow sagte nach der "Kreuz-Zeitung":

Wir haben uns gewöhnt, den Landrat dann als den besten anzusehen, wenn er bei dieser Vertretung der Interessen seines Kreises auch der Regierung gegenüber für seine Ansichten mit Festigkeit eintritt. Von einem solchen Landrat werden wir jetzt Abschied nehmen müssen; denn die Regierung will offenbar nur noch einen Landrat haben, welcher sich allen ihren Wünschen fügt. Wir werden also künftig nur noch französische Präfekten haben. Der alte preussische Landrat, welcher Preußen groß gemacht hat, hat aufgehört zu existieren.

Der also angefertigte Landrat z. D. legt in seiner Antwort ein flammendes Bekenntnis seiner — Königstreue ab.

Sollten, was Gott verhüten möge, mancher von uns aber vielleicht noch erleben wird, in den großen Städten und verkehrsreichen Industriezentren die Wogen der Empörung hoch gehen, so lassen Sie uns und den ganzen Dramburger Kreis unter den Kreuzen der Kreuzen befinden werden, allezeit bereit, für Thron und Altar einzutreten, Gut und Blut für unsern Kaiser und König dahinzugeben.

Dan steht, der alte preussische Landrat ist unter anderem auch ebel- und großmächtig.

Die geistigen Waffen der Sozialdemokratie hat soeben der Flotten- und Juchhaus-Privatdocent Wendt in einbüßig ver-nichtet. Wir haben gar keine geistigen Waffen mehr — so vernachmen wir aus dem "Kreuz-Ztg."

Auf die geistigen Waffen, die Herr v. Weidmann uns anstiftet, verzichten wir mit Vergnügen. —

Magdeburg, 2. Novemb. Der Verhandlungstermin im Wieder-aufnahmeverfahren gegen den Genossen August Müller wegen Majestätsbeleidigung ist auf den 17. November festgesetzt. Beladen sind 18 Zeugen. —

Aus Oldenburg. Die Vorlagen, welche dem alten-burgischen Landtag gemacht werden, gelangen nunmehr zum Teil zur Veröffentlichung: Reform der staatlichen Besteuerung, Aenderung des Gesetzes betr. eine Unterstufungsausschalt für die Witwen und Waisen der evangelischen Volksschullehrer, Gesetzentwurf betr. Rabatt-vergütung der Apotheker, Aenderung des Schulgesetzes, Ausübung der Rechtsanwaltschaft durch zur Disposition stehende Staatsdiener, Erweiterung der Schullehrer-Seminare, Verordnung der Verwaltung und der Rechtspflege in den Gemeinden Dant, Heppens und Rennde, Gehaltszuschlag für die Civil-Staatsdiener, Verbesserung der unteren Gehälter der Gymnasiallehrer, Errichtung einer Handelskammer, Staats-beratung usw. —

Krassadt i. Th., 2. November. (Privattelegramm.) In der dritten Wählerabteilung erzielten wir einen vollständigen Sieg; die Genossen Gittel und Heer wurden gewählt. —

Eröffnung des sächsischen Landtages. Aus Dresden wird uns geschrieben:

Am kommenden Montag, den 6. November, wird hier der Landtag eröffnet werden. Es dürfte keine geschwebende Körperschaft geben, in welcher die maßgebenden Parteien in gleich un-erfüllter Weise oft die materiellen und politischen Interessen der Arbeiterschaft mit Füßen treten. Besser wird natürlich unter der Regide des Dreiklassen-Wahlrechts auch der neue Landtag, die zweite Kammer nicht sein. Das tritt schon äußerlich in die Erscheinung. Die Sozialdemo-kratie ist bis auf vier Abgeordnete aus der Kammer hinausgedrängt. Die Konservativen haben ihre absolute Majorität durch die letzte Wahl noch weiter vergrößert. An Stelle des abgedankten alten Präsidenten Ackermann wird dessen Schwiegersohn — der Präsidentenstuhl scheint in der Familie erblich zu sein — der bekannte Hofrat Dr. Rehnert treten. Das kann lieblich werden. Dieses enfsant terribile seiner eigenen Parteigänger, auf dem "über den Parteien" stehenden Präsidentenstuhl! Für diesen Vorschlag der Kon-servativen fraktion giebt es keine andere Erklärung als die, daß man wahrscheinlich der Meinung ist, Rehnert könne so seine Partei weniger bloßstellen. Außerdem wird diesmal auch der eine insulose Todes des fortschrittlichen Jüdwaner Oberbürgermeisters Streit freige-wordene Vicepräsidentenposten von einem Kon-servativen, dem bekannten Dauerredner Justizrat Opy, besetzt. Herr Opy ist Höfling der geschmeidigsten Art, unter seiner Modells- und Interpretationskunst ward auch der niederträchtigste Gesetzgebungskalt zu einer Wohlthat für das Volk. Auch ihm wollte man, wie es scheint, den Mund etwas schließen, indem man ihn auf den Ehrenposten stellt.

Der Landtag wird eine Reihe tief einschneidender gesetzgeberischer Fragen — Sonder-Gewerbesteuer zc. — zu erledigen haben, und die vier Sozialdemokraten werden jetzt noch mehr wie früher auf ihrem exponierten Posten eine schwere Aufgabe haben. Sie werden die letzte Session, in der aller Wahrscheinlichkeit nach Sozialdemokraten in diesem Parlament sitzen, zum schärfsten Kampf gegen eine fanatische Gegnerschaft ehrenvoll ausnutzen. —

Das Generalkommando des 15. Armeekorps ersucht uns nun ebenfalls mit Bezug auf die von uns dem "Bad. Landesboten" entnommene Notiz über einen angeblich im letzten Manöver infolge eines Unglücksfalles dem Hungertode verfallenen Dragoner zu be-richten, daß die Notiz, soweit Truppenteile des 15. und 18. Armeekorps in Betracht kommen, nach den stattgehabten dienstlichen Er-mittelungen jeder thätlichen Unterlage entbehrt.

Wir haben die Notiz, die wir als "fast ungläublich" bezeichneten, unter allem Vorbehalt gebracht und uns insbesondere jeden Kom-mentars enthalten. Es wäre nun gut, wenn der "Bad. Landes-bote" als Urheber derselben erklärte, was wahr oder unwahr an derselben ist.

Strasbourg i. E., 1. November. (Fig. Ver.) Nach zweijähriger Dauer ist gestern die 25. Session des Landesauschusses für Elsas-Lothringen zu Ende gegangen. Ihre legislativischen Er-gebnisse zeichnen sich mehr durch die Masse des verabschiedeten Ge-setzmaterials als durch dessen qualitativen Wert aus. Einen breiten Raum nahm dabei die Beratung der durch die Einführung des neuen Bürgerlichen Gesetzbuchs notwendig gewordenen Vorlagen ein, deren Zahl sich auf nicht weniger als 27 belief. Der reaktionäre Charakter der derzeitigen Landesauskunft-Redrbeit kam am deutlichsten zum Ausdruck in der an dieser Stelle bereits mehr-fach gekennzeichneten Stellung unserer Volksvertreter zur Schul-frage, indem man einerseits bei Bemessung der Gehälter der bisher auf wahre Hungerlöhne angewiesenen Volksschullehrer noch unter den Sähen der Regierungsvorlage herunterging, und andererseits durch Erhöhung des Schulgeldes an den Mittelschulen, sowie durch Aufhebung oder Versäumnung einer Reihe dieser Lehr-anstalten das bestehende Bildungsmonopol der bestehenden Klassen noch verstärkte. Auch in Sachen der für unser Land so außer-ordentlich wichtigen Steuerreform verhinderten die engberzig-kapitalistischen Klären des tonangebenden Notabelntums jeden gedehlichen Fortschritt. Die von der Regierung eingebrachte Vorlage einer Kapitalerwerbsteuer, durch welche das bisher von der Steuergründe nur ganz sanft tangierte mobile Kapital zum Vorteil des übermäßig belasteten landwirtschaftlichen Grundbesitzes etwas stärker herangezogen werden sollte, wurde zu Falle gebracht. An ihre Stelle trat ein nichtigendes Ermittlungs-gesetz, mit dem man sich auf einige Jahre hinaus die gewünschte Ruhe in Steuerfragen verschafft zu haben scheint; denn, soviel ver-lautet, wird in der nächsten Session dem Landesauskunft eine neue Steuervorlage nicht zugehen. Die Dreihörselle, mit welcher der Landesauskunft vor nunmehr Jahresfrist die total antiquierten Ver-stimmungen des alten französischen Rechtseses außer Kraft setzte, konservierte auf der einen Seite das aus den Zeiten der schwärzesten Reaktion stammende Kautionsumwesen und machte andererseits eine erhebliche Konzession an den Geist des seligen Sozialistengesetzes und der berechtigten Unsturzvorlage, indem man Druckstrafen, die "in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise die Grundlagen der bestehenden Staatsordnung angreifen", vom Heilbieten im Umgrziehen auslösch. Daß von einer "Volls-vertretung", wie sie unser auf Grund eines dreimal geläuterten Wahlsystems zusammengesetztes Rentnerparlament darstellt, kein energisch geführter Kampf gegen das System der Diktatur und Ausnahmegerichte erwartet werden kann, liegt auf der Hand. Ueber einige platonische Resolutionen kam man in dieser Richtung nicht hinaus. Der Landesauskunft für Elsas-Lothringen hat auch in der eben zu Ende gegangenen Session des wenig sammelhaften Rufes, das zahllose und willkürliche Parlament der Welt zu sein, sich durch-aus würdig erwiesen. —

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse.

Nach einer Zusammenstellung der "Volls-Zeitung" sind im Oktober 28 Fälle von Majestätsbeleidigungen bekannt geworden, von denen 15 zur Verurteilung führten, und zwar insgesamt in einer Höhe von 4 1/2 Jahren Gefängnis und 8 Monaten Festung. In den 10 Monaten des Jahres wurden 274 Fälle mit 8 1/2 Jahren Gefängnis, ungerichtet einige Festungsstrafen, mitgeteilt.

Zur Geschichte der bairischen Wahlreform

wird uns aus München geschrieben:

Der Forderung des allgemeinen direkten und geheimen Wahlrechts galt der erste Antrag, den die kleine socialdemokratische Fraktion in der Abgeordnetenversammlung stellte und unter unerschütterlicher Führung Grillenberger war es, der am 10. Okt. 1893 diesen Antrag mit der ihm eigenen Grundsätzlichkeit und Wärme begründete. Allein die Centrumpartei verschonte sich hinter die bekannten Verfassungsbedenken, daß unter der Regenschaft des Landtags-Wahlgesetzes nicht geändert werden könne. Und die Regierung stellte sich auf den gleichen Standpunkt. Aber auch bei den Liberalen fand der Antrag keine besondere Gegenliebe. Mit überwiegender Mehrheit wurde sowohl der Antrag selbst als auch die von Grillenberger in seiner Schlussrede am 12. Oktober beantragte Verweisung an einen Ausschuss abgelehnt.

Bei dem Wiederzusammentritt des Landtages im Herbst 1895 gelangte auch der socialdemokratische Antrag auf Einführung des allgemeinen und direkten Wahlrechts in etwas veränderter Fassung sofort wieder in den Einlauf der Kammer. Und wieder war es Grillenberger, der am 28. Oktober des genannten Jahres den Antrag in glänzender Rede begründete. Der Antrag fand jetzt bereits mehrere Freunde in der Kammer vor. Von den Liberalen traten die freisinnige Gruppe sowie die Abgeordneten von München und einigen andern Städten für den Antrag ein. Ja, sogar vom Centrum war ein Teil unter Führung Dr. Schäfers abgetrennt. Der Führer dieser Partei, der heutige Kammerpräsident Dr. Ortner, produzierte einen großen politischen Eiertanz und machte neben den bereits erwähnten Verfassungsbedenken insbesondere noch geltend, daß eine Einigung der Parteien über die Wahlkreis-Einteilung und damit die erforderliche Zweidrittelmehrheit nicht zu erzielen sei. In seinem Schlusswort am 28. Oktober geißelte Grillenberger das volksfeindliche Verhalten des Centrums in schärfster Weise. „Sehen Sie unseren Antrag ab, aber er wird wieder und immer wieder kommen, bis sich endlich eine Mehrheit für ihn findet!“ — so rief Grillenberger damals dieser Partei zu.

Mit 69 gegen 68 Stimmen beschloß die Kammer, über den Antrag zur Tagesordnung überzugehen.

Daß die Prophezeiung Grillenbergers sollte sich rascher erfüllen, als allgemein geglaubt wurde. In der denkwürdigen Sitzung vom 19. Oktober 1897 begründete Grillenberger wieder den erneut eingebrachten Wahlrechts-Antrag in einstufiger Rede ruhig und sachlich. Die Rede war ein Meisterstück. Es war seine letzte Rede. Wenige Stunden darauf stand er an seinem Sterbelager, um die erkaltende Hand des teuren Freundes zum letztenmal zu drücken.

Dem gewaltigen Eindruck der letzten Worte des so unerwartet aus dem Leben geschiedenen Volksmannes konnte sich die Kammer nicht mehr entziehen. Die Verfassungsbedenken waren geschwunden oder wenigstens in den Hintergrund getreten.

Nachdem am nächsten Tage Genosse v. Vollmar an Stelle seines verblichenen Freundes und Mitstreiters noch ein kurzes, aber um so wirkungsvolleres Schlusswort gesprochen, beschloß das Haus mit überwältigender Mehrheit die Einführung des direkten Wahlrechts und des proportionalen Wahlsystems.

Das „Schleifzeug“, auch Kammer der Reichsräte benannt, versagte diesem Beschluß die Zustimmung und so erwuchs unseren Genossen, nachdem sie zuvor in verstärkter Anzahl ins Ständehaus eingezogen sind, von neuem die Aufgabe, sofort wieder den Kampf für ein allgemeines, gleiches, direktes und geheimes Wahlrecht aufzunehmen.

Die bei den letzten Landtagswahlen befolgte Taktik hat sowohl die verschiedenen Parteien, als auch die „hohen“ Herren Reichsräte und die Regierung zur Genüge darüber belehrt, daß es auch bei Verbeibaltung des alten, vorweltlichen Wahlgesetzes fürderhin nicht mehr so leicht möglich ist, die Socialdemokratie in Bayern von der ihr gebührenden Vertretung auszuschließen. Es steht daher zu erwarten, daß die Verhandlungen des Ausschusses, an den der socialdemokratische Wahlrechtsantrag einstimmig zur Vorberatung überwiesen wurde, die Wege für eine betriebliche Lösung der ausgetrockneten Wahlrechtsfrage ebnen werden.

Ausland.

Österreich-Ungarn.

Wrag, 2. November. In den letzten Tagen fanden in Wlgram, Startenbach, Hlinsko, Unter-Stralowitz, Dobruschka und Hohenbrunn Kundgebungen statt, wobei an den Häusern von Juden die Fenster eingeschlagen wurden. In Dobruschka wurde die Gendarmen mit Steinen beworfen. Einige Verhaftungen wurden vorgenommen und in allen genannten Ortschaften die Gendarmenposten verstärkt.

Belgien.

Aus Brüssel schreibt man uns d. d. 1. November: Wir hatten diese Woche eine Einweihung und einen Kongress. Eingeweiht wurde der Neubau des Voruit in Gent, dessen Geschäftshaus vor zwei Jahren bekanntlich niedergebrannt ist. Der Neubau ist in großen Stil; zugleich monumental und zweckmäßig.

Der Kongress der socialistischen Einigungsräte (Prondhommes) tagte in Charleroi. Beschlossen wurde ein internationaler Kongress der Einigungsräte, der nächsten Jahr in Paris, anlässlich des Allgemeinen Internationalen Arbeiterkongresses zusammentreten soll, sowie eine methodische Agitation für eine bessere Arbeitergesetzgebung.

Der nächstjährige Kongress wird in Guch stattfinden.

Italien.

Rom, 30. Oktober. (Fig. Ver.) Der Urnen-Prozess, der heute beginnen sollte, ist plötzlich auf unbestimmte Zeit verlagert worden. Gestern abend veröffentlichte die „Offizielle Zeitung“ das Dekret für die Wiedereröffnung der Kammer, die am 14. November, also am gleichen Tage wie der deutsche Reichstag, zusammentreten soll. Da nun die Regierung, welche im Juli das Parlament verlegte, um für ihren Staatsstreich freie Hand zu bekommen, in dieser Zeit den Prozess gegen die angeklagten Abgeordneten nicht beendigen konnte, so hat sie in einer Anweisung parlamentarischer Gewissenhaftigkeit die sofortige Freilassung der Angeklagten, die nun durch ihre Immunität als Deputierte gedeckt sind, angeordnet.

Offenbar fühlt die Regierung sich schwach, sonst würde sie nicht so gehandelt haben. Und wir können die Freilassung der Angeklagten des Urnenprozesses als einen neuen Sieg der Obstruktionspolitik betrachten.

Die Kammer hat die §§ 2, 3 und 4 des Wahlgesetzes beraten und wird erst am 7. d. M. die Debatte fortsetzen.

Ob die Kammer die Erlaubnis zur Verfolgung der Abgeordneten geben wird? Es ist sehr zweifelhaft. Eine Auflösung ist wahrscheinlich und vor Neuwahlen haben die Abgeordneten Angst vor den Wählern.

Eine charakteristische Thatsache sei hier noch erwähnt. Eigentlich sollte der König in Verona die neue Session eröffnen. Nun fürchtet man aber eine unliebsame Unterbrechung und Kundgebung durch die Socialisten und Republikaner. Da ist man denn auf den Ausweg verfallen, im Thronsaal eine schadhafte Stelle zu entdecken, die es gefährlich macht, sich dort aufzuhalten. So bleibt der König zu Haus und die Kammer begnügt sich mit der Verlesung einer Botschaft! Auf so kleinliche Mittel muß die Regierung Belgiens verfallen.

Partei-Nachrichten.

Die Berichterstattung über den Parteitag geht in den meisten Fällen in großer Ruhe vor sich und nur selten entwickeln sich noch lebhaftere Diskussionen; das Bedürfnis nach vorläufigem Begraben des Meinungsstreites erscheint fast überall als vorherrschend.

Nach den heute vorliegenden Berichten nahmen Parteiverfassungen in Wilhelmshaven, Hannover, Oldenburg, Hof, Landsberg a. d. Warthe, Queblinburg, Kirschleben, Stahfurt, Calbe und Warby die Berichte ohne Widerspruch entgegen. In Meissen wurde ein zustimmender Beschluß gefaßt. Der in Reghstau (22. sächsischer Kreis) gefaßte Beschluß lautet:

Der Parteitag des 22. Wahlkreises würdigt die große Beistrebungsarbeit des Parteitags in Hannover und beklagt den mitunter abfälligen Ton der streitenden Genossen, welche als gemeinsame Kämpfer mehr kameradschaftlichen Geist zeigen sollten.

In Elgersweier (7. badischer Kreis) ergab die Diskussion gleichfalls die Zustimmung der Versammlung zu den Beschlüssen des Parteitages. In einer Resolution wurden die Artikel des „Volkstreuendes“ (Starkruhe) über den Parteitag mißbilligt.

Entwicklung der dänischen socialdemokratischen Provinzpresse. Seit dem 1. Oktober besitzt Dänemark acht selbständige Tageszeitungen, da in dem „Randers Arbejderblad“ ein neues hinzugekommen ist. Sieben von diesen Blättern sind Provinzblätter. In Kopenhagen erscheint nur der „Socialdemocrat“, der jetzt eine Auflage von 41000 hat. Die Provinzpresse insgesamt hat 25400 Abonnenten, so daß also in Dänemark 68400 Personen socialdemokratische Zeitungen halten. Dänemark hat nur etwa 2 1/2 Millionen Einwohner, soviel wie Berlin mit Vororten. Noch am 1. April waren es nur 60500, ein Menschenwuchs in der kurzen Zeit; hiervon kommen ca. 3000 auf den „Socialdemocrat“, der Rest auf die Provinzpresse. Die Ausperrung hat den Blättern Scharen von Abonnenten zugeführt.

Das älteste und bedeutendste Provinzblatt ist „Democrat“ in Aarhus mit 7100 Abonnenten (1893: 2100). 4000 wohnen in Aarhus selbst, 2500 außerhalb. „Fyns Social-Democrat“ in Odense, begründet 1896, hat schon 4400 Abonnenten (1. April d. J. 3050). „Sønderjyllands Social-Democrat“ in Raastved hat auch die 2500 überschritten. „Nordjyllands Arbejderblad“ in Aalborg und „Horsens Bladet“ haben auch Fortschritte gemacht. Das letztbegründete vor dem neuen in Randers war „Vestjyllands Social-Democrat“ in Esbjerg im Mai 1898. Das Blatt hat in dem Städtchen Esbjerg selbst 1700 Abonnenten und ist dort das verbreitetste Blatt, außerdem erscheint noch eine Lokalausgabe in Kolding, mit der es ca. 3000 Abonnenten zählt.

Politikalisches, Gerichtliches u. s. w.

— **Preisverbot.** Das Singen socialdemokratischer Lieder und das Pfeifen von Melodien, auf welche socialdemokratische Texte gesungen werden können, wurde für eine bestimmte Schwankwirtschaft in Wilsau — natürlich in Sachsen — am 1. Mai durch einen Gendarm verboten. Auf die dagegen erhobene Beschwerde ist jetzt eine Entscheidung der Kreisshauptmannschaft, das ist der oberen Verwaltungsbehörde, ergangen, worin dieses Verbot als gerechtfertigt erklärt wird. In dem Pfeifen von Melodien, auf die socialistische Texte gesungen werden können, sei eine Demonstration, die geeignet ist, bei Personen anderer politischer Richtung Aergernis zu erregen. Das könne den öffentlichen Frieden stören. — Pfeifen ist Geschwamache; wenn wir daran Gefallen finden, würden wir uns über ein Verbot des Pfeifens nicht beschweren, sondern — darauf pfeifen.

— **Das Schöffengericht zu Gelsenkirchen** verurteilte drei Vorstandsmitglieder des dortigen Arbeiter-Bildungsvereins zu je 15 M. und den Leiter des Versammlungskomitees W. Weiss lotete den Schriftführer Adams von hier zu je 30 M. Geldstrafe, weil in einer Mitgliederversammlung, in welcher letzterer als Referent aufgetreten, auch einige Nichtmitglieder anwesend waren, die Verammlung dadurch aber den Charakter einer öffentlichen angenommen habe. Das Landgericht Essen hat diese Gründe nicht als entscheidend für eine Verurteilung angesehen und alle freigesprochen.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Das gesamte Hilfspersonal des „Deutschen Verlags“ (S. m. v. G.), Königgräberstraße 41/42, in welchem das „Deutsche Blatt“ erscheint, hat bis auf einige wenige Ausnahmen die Arbeit eingestellt. Veranlassung hat die allzu lebenswichtige Behandlung der Vorgesetzten und die Nichtbezahlung der Ueberstundenarbeit gegeben. Die Verhandlungen haben zu keinem Resultat geführt, da die Geschäftsführung sich auf nichts einließ. Den Zugang bittet festzuhalten.

Die centralorganisierten Unterträger beischloffen in ihrer letzten Versammlung, an den am 11. September gefaßten Beschlüssen, betreffend die Forderung von 7 M. pro Tag bei neunstündiger Arbeitszeit, unter allen Umständen festzuhalten.

Für die Holzbildhauer bleiben bis auf weiteres folgende Werkstätten gesperrt: Warb, Fehlbriehsbergstr. 10; Pech, Nemelestraße 31; Brunslow, Neue Königstr. 15; Griz, Pankfadenstr. 57; Kraner, Koppelstr. 60; Gröber, Kottbusser Damm 95; Reumann, Platanenallee 22; Dzierzewski, Dohstr. 2; Fiedelbogen, Nominantenstraße 3.

Die noch ausstehenden Sammlungen sind bald abzurechnen und noch rückständige Streikbeiträge (6 Wochen a 50 Pf.) mit abzuliefern.

Die Lohnkommission, Köpckeplatz 62.

An die Maurer Berlin und Umgegend (Vertrauensmänner-Centralisation!) Kollegen! Da die Ausführungsbestimmungen der 18er Kommission noch in zu ungenügender Weise auf den Wanten zur Durchführung gelangt sind, wir alle aber auf strenge Innehaltung derselben bedarren müssen, ist, um gemeinsam unsere Rechte zur Geltung zu bringen, mit der hiesigen Verbandsleitung folgende Vereinbarung getroffen:

Überall da, wo die Ausführungsbestimmungen noch nicht vollständig zur Geltung gekommen sind, ist am Sonntag, den 4. November, einem jeden Unternehmer ein Revolver zur Unterzeichnung vorzulegen, welcher ihn verpflichten soll, die Vertragsbestimmungen auch auf seinem Bau innezuhalten. Diese Revolver sind von den Bau-deputierten am Freitag, den 3. d. M., abends von 8—10 Uhr, aus ihren Taschen zu holen und nach der Unterzeichnung sofort der Lohnkommission, Grenadierstr. 33, zuzuschicken. Auch ist bei Verweigerung der Unterchrift die Lohnkommission sofort zu benachrichtigen. Ueber die weiter zu unternehmenden Schritte wird eine in nächster Woche stattfindende öffentliche Versammlung, welche noch näher bekannt gemacht wird, beschließen.

Im Auftrage der Lohnkommission: H. Meyle.

Achtung, Ball- und Filzschuh-Arbeiter! In der Schuhfabrik von Gräf, Markstraße 50, sind wegen der Maßregelung eines Mitgliedes des Fabrikantenschusses Differenzen ausgebrochen. Durch die Vermittlung der Ortsverwaltung des Schuhmacher-Verbandes war die Sache schon wieder beigelegt. Herr Gräf wollte die fünf ältesten der Ausständigen wieder einstellen; die anderen müßten zunächst warten, da er durch den Streik Arbeit verloren habe. Damit erklärten sich die Ausständigen zum Schlusse einverstanden. Als jedoch am andern Morgen die Kollegen die Arbeit wieder aufnehmen, kam es durch das rigorose Auftreten des Herrn Gräf, welcher entgegen den getroffenen Abmachungen die Wiedereinstellung von zwei Ausständigen verweigerte, zur abermaligen Niederlegung der Arbeit. Bei der gegenwärtigen günstigen Konjunktur in der Ball- und Filzschuhbranche wird voraussichtlich der Kampf ein kurzer sein und mit vollem Erfolg für die Kollegen enden.

Die Agitationskommission.

Deutsches Reich.

Von den Arbeitswilligen in Wilsler, wo die Lederarbeiter seit Monaten einen Kampf um ihr Existenzrecht führen, wo es aber den Unternehmern gelungen ist, eine Anzahl Ersatzkräfte zu gewinnen, entwirft die „Schleswig-Holsteinische Volks-

Zeitung“ eine recht charakteristische Schilderung. Wir entnehmen dem ihr aus Wilsler zugehenden Bericht folgendes:

Am Sonntagabend fühlten sich die Arbeitswilligen als die Herren der Situation. Um 7 1/2 Uhr zog ein geschlossener Trupp, 40—50 Mann stark, mit Stöcken, Eisenstangen, Schraubenschlüsseln und ähnlichen lieblichen Gegenständen bewaffnet, von der Fall u. Schüttischen Kaserne nach dem Bahnhof. Um 8 Uhr reisten nämlich unsere auswärtig arbeitenden Streikenden nach Rodden und Säben ab. Da nun viele Frauen und Familienangehörige sich beim Bahnhof einfanden, so ist der Verkehr vor dem Bahnhof recht lebhaft. Während die Arbeitswilligen schon oft verhaftet haben, mit den Streikenden anzubinden, jedoch durch die Besonnenheit der Streikenden bis jetzt ein Zusammenstoß verhindert worden ist, hatten die Arbeitswilligen es diesmal auf ein Zusammentreffen vor dem Bahnhof abgesehen. Schon bei dem Marsch durch die Stadt belästigten sie die Passanten in der größten Weise. Da die bedrängten Passanten keine Gelegenheit dazu boten, wurde die Schlagkraft der Waffen an den Pflastersteinen erprobt, wovon das Funksprühen derselben Zeugnis ablegte. Daß es zu keinem Konflikt kam, ist nur der Disziplin der Streikenden zuzuschreiben. Nun wird man fragen: War denn keine Polizei da? Es ist doch bekannt, daß auswärtige Gendarmen hier postiert sind. Jedoch, man höre! Bei dem Hause des Genossen Schneider in der Deichstraße rief der Anführer des Trupps: „Augen links, Augen rechts!“ Genosse Schneider meldete diesen Vorfall unter Verurteilung auf Zeugen dem Gendarmen Brand aus Neudorf und machte ihn auf die mitgeführten Waffen der Arbeitswilligen aufmerksam. Der Beamte aber fand keine Veranlassung einzuschreiten, sondern meinte: „Die Leute müssen sich doch auch ihrer Haut wehren“. Auf einen weiteren Vorhalt bekam Schneider die Antwort: „Belästigen Sie mich nicht!“ Auch in dem geschlossenen Aufmarsch sah man nichts Strafbares zu erblicken, denn der erwähnte Beamte ließ den Zug vorbeimarschieren und ging in entgegengesetzter Richtung von dannen. Inzwischen begab sich ein Mitglied des Streikkomitees zur Behörde, um genügenden Schutz des Publikums am Bahnhofe zu veranlassen. Hier, wo diese Gestalten mit ihren Stöcken umherlungerten, wäre es für die Polizei ein Leichtes gewesen, festzustellen, ob dieselben Waffen führten oder nicht. Trotzdem geschah dies nicht. Eine Volksversammlung wird am Dienstagabend sich mit der Angelegenheit beschäftigen.

Ferner enthält dasselbe Blatt noch folgende Notiz: „Arbeitswillige Bandalen. In der Nacht zum Sonntag haben mehrere Arbeitswillige in der Kumpferstraße ihren rohen Verfall freien Lauf gelassen. Als es ihnen nicht gelungen war, ihren „Mannemut“ an einen Streikenden zu erproben, mußte die Vorgarten-Einfriedigung des Hausbesizers E. Wartens herhalten.“ Wird der Verfasser der berühmten „Denkschrift“ nun auch von diesen Vorgängen Notiz nehmen?

Schutz der Arbeitswilligen. Von dem Schöffengericht zu Halle a. S. war der Zimmerer B. von der Anklage, wider den § 153 geübt zu haben, freigesprochen worden. Er sollte zu dem Maurer M. gesagt haben: „Du bist Vorstand der Streikbrecher.“ In dieser Angelegenheit hat das Schöffengericht ein Vergehen gegen § 153 der Gewerbeordnung nicht erblicken können und deshalb die Freisprechung für geboten erachtet. Der Staatsanwalt legte Berufung ein. In der zweiten Instanz bestritt B., überhaupt von Streikbrecher gesprochen zu haben, und behauptet, dem M. nur die Frage vorgelegt zu haben: „Streiken denn die Maurer?“ Als M. darauf geantwortet habe: „Ja, weißt Du denn das nicht?“, habe er entgegnet: „Na, dann ist es aber nicht schön, daß Du arbeitest.“ Der Staatsanwalt war der Meinung, es liege ein Vergehen gegen § 153 der Gewerbeordnung vor und beantragte eine Gefängnisstrafe von 14 Tagen. Sollte der Gerichtshof doch die Ueberzeugung gewinnen, daß nur Verleumdung vorliege, so sei dieserhalb eine Geldstrafe von 15 M. ev. 6 Tage Gefängnis zu beantragen. Der Gerichtshof nahm nicht an, daß ein Vergehen gegen § 153 der Gewerbeordnung vorliege. Die in Frage kommende Verurteilung sei nur ein Ausdruck des Unmutes und des Aergers, enthalte aber eine Verleumdung, weshalb das freisprechende Erkenntnis aufgehoben und der Angeklagte zu 30 M. Geldstrafe event. 6 Tagen Gefängnis verurteilt worden sei. Wie dem Halleischen „Vollblatt“ mitgeteilt wird, hat sich M., der nicht einmal als Zeuge geladen war, durch die fragliche Verurteilung nicht beleidigt gefühlt. Trotzdem klagt aber der Staatsanwalt im öffentlichen Interesse.

Es ist so ein eigenartig Ding mit dem „öffentlichen Interesse“. Sonst pfeift die herrschende Klasse in ihren Beziehungen zur Arbeiterklasse so feinfühlig nicht zu sein.

Der Leipziger Formereistreich steht beiläufig immer noch auf demselben Platze. Die von den Leipziger Firmen nach auswärts versandten Modelle kommen in den meisten Fällen wieder zurück. So hatte eine Essener und eine Chemnitzer Gießerei Leipziger Modelle erhalten; nachdem die Formere die Herstellung derselben verweigert hatten, gingen sie zurück.

Zum Ausstand der Arbeiter der Firma Lohmann in Leipzig. In der letzten Verhandlung, die zwischen den Vertretern der Metall- und der Holzarbeiter mit dem Direktor der Gesellschaft stattfand, behauptete dieser, daß für ihn der Streik erziehlig sei. Er habe 500 Arbeiter; er könne höchstens noch „einige“ Holzarbeiter brauchen. Mit dieser Behauptung in Widerspruch steht die Thatsache, daß der Herr Direktor an eine Anzahl Metallarbeiter geschrieben hat, sie sollen sich zum Wiedereintritt melden.

Der Streik der Leipziger Straßenbahner ist, wie bereits kurz gemeldet, nach der Dauer nur weniger Tage, beendet. Vortheile haben die Streikenden dabei nicht errungen, was deutlich aus folgender Mitteilung der Gesellschaft an die Leipziger bürgerliche Presse hervorgeht:

„Ein nicht Eingeweihter könnte aus Ihrem Bericht entnehmen, daß die streikenden Wagenführer und Schaffner die Arbeit erst wieder aufgenommen hätten, nachdem ihnen bestimmte Versprechungen gemacht worden seien. Dies ist nicht der Fall. Die Direktion hat einer einstufigen Kommission von Streikenden, die am Sonntagabend auf dem Hauptdepot erschienen war, ebenso dem Streikkomitee auf eine telephonische Anfrage am Sonntagmittag nach den Bedingungen, unter denen der Dienst wieder angetreten werden könnte, das folgende eröffnet: Die Direktion ist bereit, die noch Streikenden wieder einzustellen und erklärt, Maßregelungen nicht vorzunehmen; die Wiedereinstellung kann jedoch nur bedingungslos unter den bisherigen Verhältnissen erfolgen, irgend welche sonstigen Versprechungen sind nicht gegeben worden, jedoch hat die Direktion erklärt, daß sie nicht abgeneigt sei, nach beendetem Streik und bedingungsloser Wiederaufnahme der Arbeit mit ihren Angestellten ohne Zutun Fremder über etwaige Wünsche zu unterhandeln, und daß sie ferner sich bemühen würde, für einen Teil der älteren Leute eine kleine Lohnzulage zu erwirken.“

Es war also eine bedingungslose Unterwerfung; anders konnte es leider auch nicht sein, da die Straßenbahn-Angestellten über keine auch nur einigermaßen widerstandsfähige Organisation verfügen. Hoffentlich werden sie aus diesem ersten verunglückten Versuch die nötigen Lehren ziehen.

Sociales.

Zur Wohnungsfrage. In Düsseldorf haben die Hausgärtner einen planmäßigen Auszug auf die Taschen der Mieter unternommen. Vor etwa drei Viertel Jahren hat sich dort ein Hausbesitzerverein gebildet und sofort mit einer Steigerung der Mieten begonnen, die sich von Monat zu Monat fortsetzte und in Verbindung mit der planmäßigen Abweisung von Mietern mit Kindern zu einer akuten Kalamität geführt hat. Infolge dessen sah sich die städtische Verwaltung zum Eingreifen gezwungen. Täglich waren Familien gezwungen, die Hilfe der Polizei in Anspruch zu nehmen, um Obdach zu bekommen. Der Auszug wurde so groß, daß die Behörden nicht mehr wissen, wo sie die Obdachlosen unterbringen sollen, obwohl als Folge dieses Zweifels hunderte von Familien fortgezogen sind,

so daß sich nach amtlicher Feststellung die Einwohnerzahl der Stadt im letzten halben Jahre in bemerkenswerter Weise vermindert hat. Die städtische Verwaltung hat deswegen vom Stadtverordnetenkollegium einen Kredit von 180 000 M. gefordert zur vorläufigen Unterbringung der Obdachlosen.

Weiter aber hat sich die Versammlung veranlaßt gesehen, den Stadtverordneten eine Vorlage zur Erbauung von 17 Wohnhäusern mit zusammen 160 Wohnungen zu unterbreiten und dazu die Aufnahme einer Anleihe von 1 Million Mark zu fordern. Die Häuser sollen Wohnungen zu 2, 3 und 4 Räumen enthalten und zum Preise von 9 M. per Raum und Monat vermietet werden, ein Preis, der nach dortigen Verhältnissen als mäßig bezeichnet wird. Die Stadtverordneten genehmigten die Vorlage. Zu wünschen wäre nur, daß die Stadt auf diesem Wege fortfähre, denn hätte die übertriebene Gewinnsucht der Hausbesitzer doch ein Gutes im Gefolge gehabt.

Gewichts-Beitrag

Die Kontrolle des Kranken Schumanns. Eine ungewöhnliche Revolver-Affaire führte gestern den Schumann Rudolf Hein unter der Anklage der Bedrohung und Beleidigung vor das hiesige Schöffengericht. Der Angeklagte wurde, nachdem er vier Jahre in Berlin als Schumann zur Zufriedenheit seiner Revolver-Vorstände thätig gewesen war, auf seinen Wunsch nach Schönberg versetzt und dort dem ersten Polizei-Revolver zugeteilt. Der stark nervöse Mann glaubte aus allen möglichen Anzeichen entnehmen zu dürfen, daß Polizeihauptmann Leubner, der Leiter des ganzen Polizeibezirks Schönberg, ihm nicht wohlgesinnt sei, und erlitt in verschiedenen Maßnahmen desselben eine direkt gegen ihn gerichtete Spitze. Diese Auffassung hat die Nervosität des in seinem Inneren gekränkten Beamten nur noch vermehrt und er mußte sich am 8. April krank melden. Er behauptet nun, daß er in auffallender und ihm listiger Weise in seiner in Berlin gelegenen Wohnung fast täglich, manchmal sogar mehrere Male am Tage durch Wachmeister kontrolliert worden sei, so daß er oft den ganzen Tag ohne Essen habe zubringen müssen, da seine schlafende, im Bette liegende Frau nicht habe einholen können und er sich nicht auf die Straße getraut habe. Am 2. Mai abends der Wachmeister Nagel wieder zur Kontrolle erschien, wählte der Angeklagte ein höhnisches Lächeln auf dessen Zügen zu entdecken. Er wurde hierdurch so gereizt, daß er dem Wachmeister zurief: „Was wollen Sie hier, ichereen Sie sich sofort aus meiner Wohnung.“ Die gleichzeitig zog er einen Revolver aus der Tasche und warf, welches Unglück entstanden wäre, wenn nicht seine Ehefrau dazwischen getreten wäre. Der Angeklagte behauptete, daß er im Stände der Notwehr gewesen sei und einen Angriff des Wachmeisters habe abwehren müssen, denn dieser habe den Säbel schon halb aus der Scheide gerissen gehabt. Der Zeuge Nagel bestritt dagegen, den Säbel gelodert oder gar gezogen zu haben. Rechtsanwalt Dr. Schwandt behauptete, daß der Angeklagte bei dem Vorfall sich infolge hochgradiger nervöser Ueberreizung und eines schon lange bestehenden Nervenleidens in einem Zustande von Bewußtlosigkeit befunden habe und berief sich auf die Gutachten der behandelnden Aerzte Dr. Reniel, Dr. Heder und Dr. Butterf. Dieselben bekundeten übereinstimmend, daß der Angeklagte ein Neurastheniker ist, dessen freie Willensbestimmung, wenn er gereizt wird, zwar beeinträchtigt, aber doch nicht ausgeschlossen ist. Auf Grund dieses Gutachtens beantragte Staatsanwalt Komen, von einer Gefängnisstrafe abzugehen und nur auf 150 M. Geldstrafe zu erkennen. Rechtsanwalt Dr. Schwandt hielt ein ganz minimales Strafmaß für ausreichend, da der Angeklagte augenscheinlich in einer krankhaften Aufwallung gehandelt habe. Der Gerichtshof erkannte auf 9 M. Geldstrafe.

Unter besonderer Vorsicht wurde gestern ein Untersuchungs-Gefangener der vierten Strafammer des Landgerichts I vorgeführt. Es war der aus Böhmen stammende Kaufmann Eduard Capel, der in dem Aufse, einer der gefährlichsten Verbrecher des In- und Auslandes zu sein. Nachdem derselbe in Weitz eine vierjährige schwere Kerkerstrafe verbüßt hatte, wandte er sich nach Deutschland. Von einer großen Stadt zu der anderen ziehend und sich stets einen anderen Namen bedienend, verstand es der Angeklagte, eine Menge Geschäftsleute in der unerhöflichsten Weise zu prellen. In Dresden wurde er vom Gericht erteilt, das dortige Gericht verurteilte ihn wegen Urkundenfälschung und Betruges zu fünf Jahren Zuchthaus. Jetzt meldeten sich die Behörden aus Hamburg, Köln, München, Leipzig und noch vielen anderen Städten, wofür Capel unter fremdem Namen Verträge begangen hatte. Zunächst brachte man ihn nach München, wo er unter dem Namen Peter Huber aufgetreten war und viele Geschäftsleute geschädigt hatte. Er wurde hier zu sieben Jahren Zuchthaus verurteilt. Nun sollte er nach Hamburg gebracht werden. In Dresden gelang es dem Angeklagten, seinem Transporteur zu entspringen. Er wandte sich nach Berlin, um hier seine Verbrechen in großartigem Maßstabe wieder aufzunehmen. Er nannte sich jetzt Karl Dupp und mietete unter diesem Namen im Hause Friedrichstraße 111 eine aus zwei möblierten Zimmern bestehende Wohnung, die er mit einer weiblichen Person, die er als seine Frau ausgab, teilte. Er ließ sich Briefbogen mit prunkhaftem Aufdruck herstellen und begann nun, sich Waren zu erschwindeln. Er nahm von hiesigen und auswärtigen Firmen, was er bekommen konnte: Schreibmaschinen, Aufsichtspostkarten, Möbel, Kleidungsstücke usw. Er gab sich als Inhaber eines Export- und Engroskaufes aus. Nach vier Wochen, als die Lieferanten drängten, war der angebliche Dupp verschwunden, nachdem er vorher noch schnell einige Kautionschwindelen begangen hatte. Er ließ durch österreichische Zeitungen bekannt machen, daß er einen Reisenden gegen hohes Gehalt suche. Derselbe müsse aber Kautions stellen, da er wertvolle Muster anvertraut erhalte. Einige Personen sandten die verlangten 50 oder 100 Gulden ein. Sie erhielten nie wieder Nachricht. — Der Angeklagte ist endlich außerhalb verhaftet worden. Er hat noch so viele Straftaten zu erledigen, daß er voraussichtlich für eine lange Reihe von Jahren unschädlich sein dürfte.

Der Staatsanwalt beantragte gegen den Angeklagten zu der Münchener Strafe von beiden Jahren noch eine Zusatzstrafe von vier Jahren Zuchthaus.

Das Urteil lautete auf eine Zusatzstrafe von drei Jahren und die üblichen Nebenstrafen.

Aus Deuthen, O.-S., wird uns berichtet: Heillose Zustände herrschen in der hiesigen städtischen Verwaltung nach dem Ausspruch, den der Stadtamman - Vorsitzende in der Straffache gegen den Polizeisekretär Müller verkündete. Müller wurde wegen Verleumdung zu 1 1/4 Jahren Gefängnis verurteilt, nachdem der Staatsanwalt 2 Jahre Zuchthaus beantragt hatte. Diese heillosten Zustände wurden für den Angeklagten als mildernde Umstände in Anrechnung gebracht! In der Verhandlung mußte der katholische Stadtverordnete Lenschert zugeben, verschiedenen Personen den Rat gegeben zu haben, den Müller zu bestechen; die Bestechungen sollen besonders im katholischen Kasino vorgekommen sein. — Die Aufhebung der „heillosten Zustände“ in der hiesigen erzkatholischen Stadtverwaltung kommt gerade jetzt dem hiesigen Freisinn gelegen, der bei den bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen selbstständig vorgehen will. Bisher bestand ein jüdisch-freisinnig-ultramontanes Kartell. Oberbürgermeister Brünning und Bürgermeister Friedrich, beides strenge Katholiken, wollen ihre Kosten niederlegen. Beide sind selbstverständlich ordnungshühner Socialistenverfolger.

Versammlungen.

Eine öffentliche Formerversammlung, die am Mittwoch im Kolberger Salon tagte, beschäftigte sich mit der Faktion in Bezug auf den Leipziger Formerkreis. Wie aus den Darlegungen der Redner hervorging, haben die Berliner Formere seiner Zeit beschlossen, die Anfertigung von ausländischen Streikarbeiten zu verweigern und gleich-

zeitig eine Kommission von sechs Mitgliedern eingesetzt, die in zweifelhafte Fällen zu untersuchen hat, ob Streikarbeit vorliegt oder nicht. Neuerdings haben nun die Hauptvorstände des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und des Central-Vereins der Formere beschlossen, daß eine Arbeitsniederlegung wegen Verweigerung von Leipziger Streikarbeit nur nach Mitteilung an den Vorstand und nach dessen Genehmigung stattfinden darf. In der Versammlung wurde nun darüber debattiert, ob man die von den Vorständen empfohlene Faktion befolgen oder an dem Beschluß der Berliner Formere festhalten solle. Die Redner traten fast einmütig dafür ein, daß man die Leipziger Kollegen durch konsequente Verweigerung der Streikarbeit unterstützen müsse. Die Versammlung nahm einen Antrag an, welcher besagt: Der frühere, in Kellersaal gefasste Beschluß, betreffend die Verweigerung von Streikarbeit wird aufrecht erhalten. Die Versammelten verpflichteten sich, vor Niederlegung der Arbeit die bestehende Schlichtungskommission zu benachrichtigen.

Nachdem diese Angelegenheit erledigt war, referierte K. Förster über den seitherigen Verlauf des gegenwärtigen Streiks der Metallarbeiter. Er belängte insbesondere das Vorgehen des Unternehmerverbandes und betonte, daß es den Streikenden, die bereits manchen guten Erfolg zu verzeichnen haben, gelingen sei, in der Verhandlung der Unternehmervorstände zu liegen. Es gäbe eine ganze Anzahl von Unternehmern, die sich dem Beschluß ihres Verbandes, betreffend Sperrung des Arbeitsnachweises, nur widerwillig fügen. Verschiedene Unternehmer hätten, als sie infolge des terroristischen Vorgehens des Verbandes einen Teil ihrer Arbeiter auf die Straße setzen mußten, gesagt, man möge nicht sie, sondern den Unternehmer-Verband, der sie zu dieser harten Maßregel zwingt, verantwortlich machen. Weiter teilte der Redner mit, daß die Kommission der Unternehmer beschloffen habe, falls der Streik nicht bis Sonnabend beigelegt sei, sollten am Montag 40 000 Arbeiter angepörrt werden. Dieser Beschluß bedürfe noch der Zustimmung der am Donnerstag stattfindenden Generalversammlung. Welche Faktion die Streikenden für den Fall der Ausführung dieses Beschlusses befolgen werden, sei noch unbestimmt. Die nachfolgenden Redner betonten in Uebereinstimmung mit dem Referenten, daß, wie dieser Fall wieder lehre, die Organisation der Arbeiter fortgesetzt geführt werden müsse, damit man den Gewaltmaßnahmen des Unternehmertums die Spitze bieten könne.

Eine öffentliche Metallarbeiter-Versammlung tagte am Mittwoch im Köhler Hof, um über die Aussperrung der Kollegen von Altmann u. Co. in Marienfelde Stellung zu nehmen. Nachdem Bauer nochmals den Sachverhalt der Aussperrung, das Verhalten des Ingenieurs Balz und des Drehermeisters Zimmerer gehörig kritisiert hatte, nahm der Vertreter des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes Maschisch das Wort, um die ablehnende Haltung des Verbandes zu rechtfertigen, obgleich er selbst sowie später auch Räther zugeben mußte, daß die Zustände dort in Marienfelde der Verbesserung durchaus bedürftig wären. In der sich darauf entspinneenden lebhaften Diskussion, in welcher Patolonski, Koburg, Engelbrecht und Moritz sich für die durchaus berechtigte Forderung der Kollegen sowie deren materielle Unterstützung und Maschisch, Räther, Schmidt und Nagel sich gegen das Vorgehen der Kollegen in Marienfelde erklärten, gelangte gegen einige Stimmen folgende Resolution zur Annahme: Die Versammlung erklärt sich mit dem Vorgehen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes bei dem Ausstände der Firma Altmann u. Co. nicht einverstanden und verpflichtet sich, für die noch Aussperrten die volle Solidarität zu wahren und dieselben mit allen Kräften zu unterstützen. Der Vorsitzende schloß mit dem Hinweis, daß das Streikkomitee täglich von 10—11 Uhr vormittags und abends von 7—10 Uhr, Sonntags, vormittags von 11—11 1/2 Uhr in Restaurant „Hahn“, Straßburgerstr. 48, tagt und dortselbst die gesamten Gelder in Empfang genommen werden, die Versammlung.

Die Beteiligung der Arbeiter-Radsfahrer an den Stadtverordneten-Wahlen war gestern abend Gegenstand einer Radsfahrer-Versammlung. Genosse Wagner verstand es in vortrefflicher Weise, die Bedeutung der diesjährigen Wahlen, sowie die Mitwirkung der Radsfahrer den zahlreich erschienenen Zuhörern zu erläutern, wofür ihm reichlicher Beifall zu teil wurde. Der bisherige Vertrauensmann, Herr Sellenhorn, Ramlerstr. 11, N., giebt hierauf bekannt, daß alle diejenigen Radsfahrer, welche bereit sind, am 6. November, dem Wahltag, mit thätig zu sein, sich bei ihm zu melden haben, um von da aus nach dem betr. Wahlkreis bezw. Wahlbezirk Anweisung zu erhalten. Zum Vertrauensmann wurde Friese gewählt.

Der Socialdemokratische Verein für Stralsund - Rummelsburg nahm in seiner Versammlung vom 20. Oktober die Jahres- und Quartalsberichte entgegen. Dem Bericht des Vorsitzenden ist zu entnehmen, daß im vergangenen Jahre 14 Vorstandssitzungen und 6 Vereinsversammlungen stattgefunden haben. Nach dem Bericht des Kassierers betragen die Einnahmen im letzten Quartal 423,28 M., die Ausgaben 332,33 M. Die Jahresrechnung beläuft sich auf 1415,19 M., die Ausgabe auf 1325,24 M.; zu Agitationszwecken wurden 400 M. abgeführt. Der Mitgliederbestand betrug 355, hinzugekommen sind im Laufe des Jahres 55. Dem Verein gehören, den Verufen nach geordnet, an: je ein Schreiber, Bildhauer, Brauer, Maschinenbauer, Hobler, Anopfmacher, Glaser, Kaufmann, Handwerker, Fäher, Putzmacher, Schneider, Schlächter, Heizer, Maschinist, Korbmacher, Metallarbeiter, Viehtreiber und Schuhbinder; je 2 Maler, Stuccateure, Vergolber, Aufhänger, Goldarbeiter und Uhrmacher; je 3 Barbiers, Postamentiere, Töpfer, Stellmacher, Cigarrenmacher, Tapezierer und Zimmerleute; je 4 Sattler und Drechsler; je 5 Wandrunder und Schuhmacher; je 6 Schmiede; je 7 Weber, Klempner und Händler; je 9 Schlosser; je 10 Maurer und Kistenmacher; 18 Gastwirte; 22 Tischler; 112 Arbeiter und 193 Glasmacher. Es folgt dann der Bericht des Bibliothekars. Es wurden im vorigen Jahre 175 Bände und in diesem 179 Bände ausgegeben. Die Wahl des Vorstandes gestaltete sich folgendermaßen: Vorsitzender: Witterhoff, Kassierer: Alkner, Schriftführer: Oehling, Nied und Maas, Revisoren: Benich, Krumm, Franke, Günther, Loms und Juel, Beisitzer: Als Vortragammler wurden Sebel, Jengler, Jordan und Martha gewählt; Brüder als Bibliothekar, die Adresse ist Kaufstraße 5 vorn 2 Tr.; die Ausgabe der Bücher erfolgt jeden Freitag von 8—9 Uhr abends. Beschlossen wurde, das Protokoll des letzten Parteitags an die Mitglieder muntellig zu verteilen.

Rummelsburg. Die Anilinarbeiter hielten am Sonntag eine öffentliche Versammlung ab. Genosse Klein hielt einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag über „Die Verunsicherungen in der Anilinfabrik“. Redner wies hauptsächlich auf den letzten Unfall hin, bei dem zwei blühende Menschen um Leben gekommen und weitere vier zum Krüppel wurden. Im weiteren kritisierte er an der Hand eines umfangreichen Materials die Mißstände, welche in diesem Betrieb herrschen, und forderte die Arbeiter auf, Protest dagegen zu erheben und sich zu organisieren. An der Diskussion beteiligte sich als erster Redner der Betriebsarzt Herr Dr. Brat. Er gab wohl zu, daß Mißstände vorhanden sind, aber so gut wie kein einer in einem Lage erbaut sei, so gut könne man auch die Mißstände nicht von heute auf morgen abschaffen, die Direktion sei ja dem besten Willen besetzt, die Mißstände abzuändern; auch er wolle sein Teil zur Besserung mit beitragen, und wenn dann 2—3 Jahre verstrichen sind, dann werden auch keine Mißstände mehr herrschen. Hieraus wurde von einigen Rednern über die Betriebs-Mitarbeiterklasse als auch über die schlechten Löhne geklagt. Der Herr Dr. Brat erwiderte, daß er dazu beitragen werde, daß in der Krankenkasse Änderungen eintreten, aber die Löhne richteten sich nach dem Weltmarkt; da könne er nichts gegen thun und im übrigen zahlt ja die Firma die höchsten Löhne von allen Rummelsburger Fabriken. Dann forderte er die Arbeiter auf, sich doch mit ihren Forderungen an die Direktion zu wenden und nicht öffentlich dadurch für eine politische Partei Propaganda zu machen. Als man dem Herrn durch Zwischenrufe bedenken hatte, daß schon oft genug bei der Direktion Forderungen gestellt, diese aber stets abgewiesen wurden, meinte er, daß die Arbeiter mit den Forderungen immer wieder kommen sollten, zuletzt würden sie doch bewilligt. Klein trat dem Herrn in betreff der Löhne entgegen und meinte, wenn ein Betrieb 18 Prozent Dividende ver-

teilt, dann könne er dreist etwas mehr Tagelohn, als wie gegenwärtig, 2,80 M. zahlen, und wenn die Arbeiter mit ihren Forderungen immer wieder kommen sollten, bis es der Direktion gefällt zu bewilligen, dann würden die Arbeiter schließlich sterben und mit samt den Forderungen selbige werden. Zum Schluß gelangte noch eine Resolution zur Annahme, in welcher das Bureau der Versammlung angefordert wird, bei der Direktion vorstellig zu werden wegen Aufstellung zahlreicher noch bestehender Mißstände.

Friedrichsberg. In der am Dienstagabend stattgehabten Parteiverammlung gab Genosse Hoffmann einen kurzen Ueberblick über die Verhandlungen auf dem Parteitag zu Hannover. Eine Diskussion wurde hierüber nicht beliebt. Aus dem Bericht des Vertrauensmannes ist hervorzuheben, daß an Einnahmen 581,47 M., an Ausgaben 437,15 M. zu verzeichnen waren, sodas auf das neue Jahr 144,32 M. übernommen werden. Versammlungen wurden 6 abgehalten, 2 Partei- und 4 Volksversammlungen. Flugblätter wurden am Oct 17 500 verbreitet; auf das Land 13 000 Kalender und 15 000 Flugblätter hinausgetragen. Nach kurzem Bericht der Lokalkommission wurde zur Wahl des Vertrauensmannes geschritten. Genosse Lawo erhielt sämtliche Stimmen bis auf eine. Als Lokalkommissions-Mitglieder sind Seikel und Karwehl bestimmt worden. Nach kurzem Hinweis auf die zu erwartenden Kämpfe des neuen Parteijahres, die von einzelnen Rednern noch ergänzt wurden, schloß Lawo die Versammlung.

Hr. Damast teilt uns mit, daß er in der Sitzung des Gewerkschaftsrates (vergl. gestrigen Bericht) den Gewerkschaften nicht empfohlen habe, nicht mehr auf Sammellisten, die von der Gewerkschaftskommission oder einzelnen Verbänden ausgegeben werden, zu zeichnen. Er habe angeführt, daß Sammellisten ohne den Stempel der Gewerkschaftskommission nach dem Regulative der Gewerkschaftskommission nicht zulässig, und diese Listen zurückzuweisen seien.

Der Centralverband der Elektromechaniker und Berufsgenossen Deutschlands teilt am Sonnabend, den 4. November, sein II. Sitzungsfest bei Riess, Wehstr. 17.

Keine Nachrichten!

Vom südafrikanischen Kriegsschauplatz laufen so gut wie keine Nachrichten ein. Es ist daher kaum zu bezweifeln, daß es den Boeren gelungen ist, die telegraphische Verbindung zwischen dem englischen Hauptquartier in Ladysmith und der Küste abzuschneiden. Die letzte Nachricht aus Ladysmith vom 21. Dienstagabend kündete diese Tatsache und damit die Einschließung der englischen Armee bereits deutlich genug an. Die Londoner Abendblätter veröffentlichen folgende Depesche aus Ladysmith vom 31. Oktober abends:

Die Boeren rufen in südöstlicher Richtung vorwärts. Es soll ihre Absicht sein, sich der Eisenbahn bei Colenso zu bemächtigen und den englischen Truppen die Verbindung mit Pietermaritzburg und Durban abzuschneiden.

Boeren im Zululand.

London, 2. November. Die Abendblätter melden, in Pietermaritzburg seien Nachrichten eingetroffen, daß die Boeren einen Teil des Zululandes besetzt sowie daß sie Pomeroy 60 Meilen von Greytown genannt haben.

Verlustliste.

London, 2. November. Die heutigen Blätter stellen fest, daß die Engländer seit Beginn der Feindseligkeiten bis heute 2052 Tote, Verwundete und Gefangene zu verzeichnen haben.

General Buller und die Verstärkungen.

Obgleich bis jetzt über die Faktion des in Kapstadt angelangten Generals Buller in Südafrika nichts bekannt geworden ist, wird trotzdem — so wird aus London telegraphiert — in Kreisen, welche mit dem britischen Kriegsministerium in Verbindung stehen, berichtet, daß Buller es damit bewenden lassen werde, dem General White größere Verstärkungen zuzuführen, um die Boeren in Kapstet zu halten. In der Spitze der übrigen Truppen werde Buller dann sofort in westlicher Richtung gegen den Oranjefreistaat vorgehen. Nur von dieser Seite aus sei freies Gelände zum Vordringen vorhanden. Von Bloemfontein werde er abdam nach Pretoria weitermarschieren.

Zur Ausführung dieser ruhmredigen Pläne gehören außer den Engländern auch noch ihre Begner. Die Londoner Presse sollte endlich ihre nur noch lächerlich wirkenden Tiraden unterlassen.

Englische Censur.

London, 2. November. Die Blätter besagen sich heftig über die Censur, die täglich noch strenger werde. Anfangs hätte man sich damit begnügt, die Berichte aus Südafrika wesentlich abzuändern, jetzt aber lasse man diese gar nicht mehr durch.

London, 2. November. Die das „Renterische Bureau“ meldet, ist dem Kriegsministerium ein aus Ladysmith von heute früh 9 Uhr 26 Minuten datiertes Telegramm des Generals White zugegangen. Dem Vernehmen nach besage das Telegramm, White halte sich, alles stehe gut.

Stimmungen in England.

Bei einem zu Ehren der nach Südafrika abgehenden Offiziere der Gordon Hochländer und Scots Greys gegebenen Bankett sagte Lord Rosebery im Hinblick auf die Niederlage bei Ladysmith, es sei möglich, daß England in diesem Kriege noch andere Bataillone verlore, daß noch andere Offiziere ihr Leben opfern und Millionen aufgewendet werden müßten, von deren Zahl man sich nicht einmal eine Vorstellung mache; das Eine aber sei sicher, England könne von dem Unternehmen, das es begonnen habe, nicht ablassen. Später würden die Verantwortlichkeiten festzustellen sein, für den Augenblick aber müsse die gesamte Nation sich auf diejenigen verlassen, die die Leitung der Angelegenheiten des Landes in der Hand haben.

Die Presse schlägt bei der Beurteilung der Vorgänge auf dem Kriegsschauplatz einen etwas schärferen Ton an. Die „Times“ äußern sich dahin, daß die Pläne des Generals White selbst den Civilisten gefährlich erscheinen müssen.

Letzte Meldungen.

Paris, 2. November. Die „Agence Havas“ meldet aus Kapstadt: Die Nachrichten von den Siegen der Boeren bei Ladysmith haben hier große Aufregung hervorgerufen. Die Afrikaner verhehlen ihre Freude nicht, der Gouverneur Milner ist über ihre Haltung beunruhigt. In den Kämpfen verlor General White etwa 3500 Mann an Toten, Verwundeten und Gefangenen. Ein zweiter Sieg wurde durch die Freistaat-Boeren erzwungen unter Befehl des Generals Lucias Newer, welcher sich Colenso bemächtigte und so den General White den Zugang abgeschnitten. White soll verwundet sein. Die Einschließung von Ladysmith ist eine vollständige.

Die Boeren sind Herren der Eisenbahn nach Pietermaritzburg und Durban. Nachrichten vom westlichen Kriegsschauplatz melden, daß Masching eng eingeschlossen ist und daß die Boeren siegreich alle Anfälle aus Masching, dessen Uebergabe sie erwarten, zurückschlagen. Ferner wird bestätigt, daß die Freistaat-Boeren sich Colosbergs bemächtigt.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Hamburg, 2. November. (W. Z. V.) Wie die „Hamburgische Wörtenhalle“ meldet, haben heute sämtliche Elb-Schleppschiffahrts-Gesellschaften eine zunächst bis Ende 1900 gültige Vereinbarung abgeschlossen, um durch gleichmäßige Erhaltung von Frachten und Schlepplöhnen ihre Rentabilität gegenüber den höheren Kohlenpreisen und höheren Löhnen (?) aufzubessern.

Konstantinopel, 2. November. (W. Z. V.) Das Gerücht über den Empfang einer Note der russischen Regierung, worin die Öffnung des Bosporus und der Dardanellen für fremde Kriegsschiffe verlangt worden sei, wird seitens der Pforte dementiert.

Athen, 2. November. (W. Z. V.) Im Hafen von Piräus ist eine österreichische Escadre von drei Panzerjahren und einem Widdampfer eingetroffen.

Bading in Berlin. Hierzu 1 Beilage und Unterhaltungsblatt.

Arbeiter, Handwerker, Parteigenossen!

Am Montag, 6. November, finden von morgens 9 Uhr bis abends 8 Uhr in 21 Kommunal-Wahlbezirken dritter Abteilung die **Ergänzungswahlen** für die **Stadtverordneten-Versammlung** statt.

Parteigenossen! Die Neueinteilung der Kommunal-Wahlbezirke, die durch die Vermehrung der Stadtverordnetenitze erforderlich geworden ist, verschafft den diesjährigen Wahlen eine ganz besondere Bedeutung. Die Vermehrung der Sitze muß der Socialdemokratie, als der legitimen Vertreterin der unterdrückten Bevölkerungsschichten, eine **Vermehrung ihres Einflusses** im Berliner Stadtparlament verschaffen. Es gilt, zu den bisherigen Sitzen eine Anzahl neuer Mandate hinzuzuerobern, eine Aufgabe, die bei der Arbeiterfeindlichkeit der herrschenden Klassen, bei der Rückständigkeit des maßgebenden **Kommunalfreisinn** allen socialen Anforderungen gegenüber, heute **dringlicher denn je** geworden ist.

Parteigenossen! Das volksfeindliche Dreiklassen-Wahlssystem, dessen Ungerechtigkeit die erste und zweite Wählerabteilung ausschließlich den **Selbstsachinteressen** reserviert, zwingt uns, unser ganzes Wirken auf die **dritte Abteilung** zu konzentrieren. Diese muß aber **der Socialdemokratie erobert werden**. In begeisterungsfreudiger Agitation sind die **Sämmigen** aufzurütteln, die Unentschiedenen zu befehlen, damit sie wie bei der Reichstagswahl so auch bei den Wahlen zum Stadtparlament ihre Rechte durch die Wahl **socialdemokratischer** Vertreter zur Geltung bringen.

Auf zur Agitation! Vorwärts zu Kampf und Sieg!

Die socialdemokratischen Kandidaten sind:

- | | | |
|---|---|---|
| 1. Wahlbez. (Stadtbez. 1-10): Freih. Preuss. | 21. Wahlbez. (Stadtbez. 149, 162-166): Freih. Wille. | 40. Wahlbez. (Stadtbez. 273, 275, 276, 278, 305, 306): Dr. Freundberg. |
| 3. Wahlbez. (Stadtbez. 21-23, 25-30): Friedr. Aug. | 26. Wahlbez. (Stadtbez. 157, 160, 189-193): Hugo Heimann. | 43. Wahlbez. (Stadtbez. 290-292): Ferd. Ewald. |
| 6. Wahlbez. (Stadtbez. 40-42, 50-53, 56): Ferd. Ewald. | 27. Wahlbez. (Stadtbez. 184-188, 194-195): Ad. Hoffmann. | 44. Wahlbez. (Stadtbez. 293-298): Rud. Millarg. |
| 7. Wahlbez. (Stadtbez. 54, 55, 57-63): Karl Rankow. | 30. Wahlbez. (Stadtbez. 210-215, 255, 256): Joh. Sassenbach. | 45. Wahlbez. (Stadtbez. 299-301, 303, 304): Th. Glocke. |
| 15. Wahlbez. (Stadtbez. 109-113): Tollsdorf. | 33. Wahlbez. (Stadtbez. 237-241, 243, 244): Koblenzer. | 46. Wahlbez. (Stadtbez. 307, 308, 315-318): Aug. Ginge. |
| 16. Wahlbez. (Stadtbez. 114-121): Th. Wegner. | 38. Wahlbez. (Stadtbez. 260-264, 277): Steinert. | 47. Wahlbez. (Stadtbez. 309-314, 325, 326): Nich. Augustini. |
| 19. Wahlbez. (Stadtbez. 136-142): A. Körsten. | | 48. Wahlbez. (Stadtbez. 319, 320a, 320b): W. Pfannkuch. |
| 20. Wahlbez. (Stadtbez. 145-148, 150, 151, 201): Dr. Friedeberg. | | |

Tokales.

Der „**Süddeutsche Postillon**“ ist des sächsischen Reformationsfestes wegen in Berlin nicht rechtzeitig eingetroffen.

Zweiter Wahlkreis. Sonntagvormittag 7 1/2 Uhr findet eine Flugblattverteilung statt. Die Genossen werden ersucht, hierzu zahlreicher wie bisher in folgenden Lokalen zu erscheinen: Bürger, Schützenstr. 18/19; Café, Markgrafenstr. 102; Schulz, Prinz Albrechtstr. 3; Voigt, Königstr. 39; Siebert, Großbeerenstr. 54; Quand, Belleallianzstr. 74; Kehler, Hagelsbergstr. 23; Haller, Pallasstr. 16; Berner, Bülowstr. 58. — Außerdem werden die Genossen, welche am Tage der Wahl helfen wollen, gebeten, sich in den Wahlbüros bis 8 Uhr morgens zu melden: für den dritten Bezirk bei Café, Markgrafenstr. 102; für den sechsten Bezirk bei Berner, Bülowstr. 58; für den siebenten Bezirk bei Schulz, Großbeerenstr. 18. **Das Wahlkomitee.**

Achtung, Noabit! Alle diejenigen, welche gewählt sind, am Sonntag, den 5. November, bei der Flugblattverteilung, sowie am Wahltag, den 6., zu helfen, werden ersucht, sich zu melden: für den 44. und 45. Kommunal-Wahlbezirk bei Johann Farr, Putzstr. 10; für den 43. bei Karl Fischer, Deusselstr. 9, früh 7 Uhr. **Das Wahlkomitee.**

Die **Mitglieder der Lokalkommission** in Berlin und der Umgebung werden aufgefordert, soweit sie gewählt sind, genaue Mitteilung über Namen und Wohnung bis zum 5. November an Genossen Karl Scholz, Berlin, Wrangelestr. 110, einzuliefern. Am 19. November erscheint die neue Lokalliste. Die Lokalkommissions-Mitglieder wollen bis spätestens 16. November für sämtliche in Betracht kommende Ortslisten die Verzeichnisse an Scholz einleiten.

Die **Wichtigkeit der Stadtverordneten-Wahlen** soll nach § 21 der Städte-Ordnung in dem den Wahlen vorhergehenden wöchentlichen Hauptgottesdienste von den Kanzeln herab verkündet werden. Dementsprechend wird dieser Hinweis am nächsten Sonntag in den hiesigen Kirchen wieder gegeben werden. Die bezügliche Bestimmung der Städte-Ordnung fußt wohl auf der Ansicht, daß eine Verkündung von dieser Stelle aus die weiteste Verbreitung garantiert und die beste — im Sinne der herrschenden Gesellschaft „beste“ — Wirkung hat. Früher traf das vielleicht zu, aber heute nicht mehr, namentlich nicht in Berlin. An gewöhnlichen Sonntagen sind hier die Kirchen noch nicht zu einem Zehntel besetzt, das gibt nach Maßgabe der überhaupt vorhandenen Plätze noch nicht 10000 Besucher, und dieses Häuflein setzt sich noch größtenteils aus alten Frauen und schulpflichtigen Kindern, also aus nicht wahlberechtigten Personen zusammen. Ein solches Auditorium an die Wahlen zu erinnern, ist eine etwas sonderbare Aufgabe.

Manchem Geistlichen mag überhaupt eigentümlich dabei zu Mute sein, wenn er seine Gemeinde vorchristlichmäßig auf die Wichtigkeit der Stadtverordnetenwahlen hinweist und sie auffordert, sich im rechten Geiste daran zu beteiligen. Wer so in einem richtigen Berliner Arbeiterviertel das Wort Gottes zu predigen hat, der weiß im voraus, daß sich die Arbeiterbevölkerung der Wichtigkeit der Stadtverordnetenwahlen ohnedies mehr und in anderer Weise bewußt ist, als es gewissen Leuten behagen will. Ach, wie viele haben es von Herzen gern, wenn sich die Arbeiter von der Wichtigkeit der Stadtverordneten-Wahlen lieber nicht überzeugen lassen, wenn sie den Wahlen ganz fern bleiben, damit die Stützen der Stadt hübsch unter sich wären und, wie früher, machen könnten, was sie wollen.

Wäre die arbeitende Bevölkerung Berlins am kommenden Montag, auch wenn kein mahnendes Kanzelwort zu ihr gedungen ist, ihrer Pflicht eingedenk! Wenn wir nicht fürchten müßten, durch die Anwendung eines biblischen Citates in einer weltlichen Angelegenheit bei unserer in diesem Punkte jetzt sehr empfindlich gewordenen Orthodoxie Kerkern zu erregen, dann würden auch wir sagen: Wäre die arbeitende Bevölkerung Berlins sich an den Wahlen im rechten Geiste beteiligen! So aber wollen wir lieber deutlicher sagen: Wäre sie es in socialdemokratischem Geiste thun!

Mangel an kaufmännischem Personal? Durch die Berliner Blätter ging kürzlich die Nachricht, daß zur Zeit Mangel an weiblichem kaufmännischem Personal, namentlich an Ausbittspersonal, in Berlin herrsche. Hierzu erklärt jetzt die Zeitung des Berliner Kaufmännischen und gewerblichen Hilfsvereins für weibliche Angestellte in ihrem Vereinsorgan, an Ausbittspersonal fehle es allerdings, aber das sei nichts Außergewöhnliches, sondern trete alle Jahre um diese Zeit auf. Zur Saison werde eben immer viel Ausbittspersonal verlangt. Es nähmen aber nur wenig Angestellte gern einen solchen Posten an, sie würden selbstverständlich lieber eine feste und dauernde Stellung. Nicht richtig sei dagegen, daß gegenwärtig allgemein Mangel an Personal herrsche. — Wie sehr auch die Arbeit der Handelsangestellten, der männlichen wie der weiblichen, mehr und mehr zur Saisonarbeit wird, das ist bekannt. Diese Entwicklung macht sich für die Geschäftsinhaber wie für die Angestellten immer unangenehmer fühlbar, aber allerdings in sehr verschiedener Weise: für die Geschäftsinhaber in der kurzen Zeit der Saison durch Mangel an Personal, für die Angestellten in der langen

Zeit des stilleren Geschäftsverkehrs durch Mangel an Arbeit. Die Geschäftsinhaber fangen sofort an zu höhnen und zu klagen, wenn sie in der Saison einmal nicht gleich genügend Ausbittspersonal bekommen können. Tausendmal mehr Grund zu klagen hätten die Angestellten, wenn sie bei Schluß der Saison nach Erledigung ihrer Ausbittsarbeit „überflüssig“ werden und wieder aufs Pflaster fliegen. Die Zeit vor Weihnachten ist so recht eine Zeit der Ausbittsstellungen. Wer jetzt eine solche Stellung annimmt, der laßt mit Gewißheit darauf rechnen, daß er acht Tage nach dem Fest des Friedens auf Erden und des allgemeinen Wohlfühlens brütlos wird. Wenn soll man es da vermeiden, daß er sich nicht nach Ausbittstellungen drängt, sondern, falls er es irgend auszuhalten vermag, lieber auf eine festere Stellung wartet?

Im **Gegensatz zur Stadtverordneten-Versammlung** ist der freisinnige Magistrat bekanntlich der Ansicht, daß das **Kommunal-Wahlrecht** auch solchen Einwohnern zu entziehen ist, die die Kur- und Verpflegungskosten für Krankenhausbewohner teilweise abzahlen. Nach der rigorosen Auffassung des Magistrats gilt ein solcher Einwohner so lange, bis er die Kosten nicht bis auf Heller und Pfennig zurückerstattet hat, als eine Person, die aus städtischen Mitteln Armenunterstützung empfangen hat. In dem aus der verfehlten Auffassung zwischen Magistrat und Stadtverordneten-Versammlung entstandenen Konflikt wird zunächst vor dem Bezirksauschuß verhandelt. Der Verhandlungstermin ist auf Dienstag, den 7. November, vormittags 10 1/2 Uhr angesetzt. Vertreter der Stadtverordneten-Versammlung ist Justizrat Dr. E. Friedemann.

Im **27. Kommunal-Wahlbezirk** wird — wie man uns mitteilt — von den Gegnern die Lage verdrückt, der Kandidat unserer Partei, Adolf Hoffmann, erhalte nicht die durch die Städte-Ordnung in diesem Bezirk erforderlichen Ansprache, d. h. er sei kein Hausbesitzer. Dieses Gerücht wird natürlich in der Absicht lachvertrieben, die Wähler irrezuführen. Wir können dem gegenüber nur auf das Bestimmteste erklären, daß Genosse Hoffmann den nach der Richtung erforderlichen Ansprachen durchaus genügt und die Genossen gut thun, solcher Wahlmacht sofort energisch entgegenzutreten.

Die **Seceffionsausstellung** hat 83000 M. Ueberschuß gebracht. Die nächstjährige Ausstellung der Berliner Seceffion soll am 1. Mai eröffnet werden.

Der **Fall Zietzen** bildete das Thema eines Vortrags, welchen dieser Tage Rechtsanwalt Victor Fraenkel in einer von der **Epithet-Vereinigung** einberufenen und von etwa 500 Personen besuchten Volksversammlung hielt. Der Redner würdigte einleitend die Verdienste Epithets und Zietzens um die Revision dieses Prozesses und ging dann zu einer kritischen Behandlung der Punkte über, welche die Sache Zietzen zu einer so merkwürdigen und das öffentliche Interesse herausfordernden machen. Er sprach über die Unzuverlässigkeit der sogenannten Zeugnisaussagen der grausig verwundeten Ehefrau Zietzen, berührte die zu Gunsten des Verurteilten angestellte Zeitrechnung, behandelte den Fall Gottschalk in Verbindung mit dem Prozeß gegen den Schriftsteller Landauer und zum Schluß die Geständnisse des Lehrlings Wilhelm, sowie die Beurteilung, welche dieselben durch das Oberlandesgericht Köln erfahren haben.

Am Ende seiner von Beifall begleiteten Ausführungen erklärte der Referent, daß die jüngsten Ermittlungen des Zietzen-Komitees ein erneutes Herantreten an das Gericht ermöglichten, ohne seine Zurückweisung aus den von diesem bisher ins Feld geführten Gründen besüchtigt zu müssen.

Major Lauff. Die Zeitungen melden: Auf Wunsch des Kaisers, der sich, wie gestern schon berichtet worden, während seines jetzigen Aufenthaltes auf Schloß Liebenberg viel mit künstlerischen Angelegenheiten beschäftigt, ist an eine Neubearbeitung von Webers „Oberon“ herangetreten worden. Der neue Wiesbadener Dramaturg Major Lauff hat den Text umgedichtet. Auch wünscht der Kaiser, daß die „orientalischen Melodien“ in der Musik hervorgehoben werden. Wie weiter mitgeteilt wird, hat Herr Major Lauff den Text deshalb umgedichtet, weil selbiger bisher zu schlecht gewesen ist. Es wird nichts darüber gemeldet, ob Herr Lauff, wie seine bisherigen mittelalterlichen Heldengestalten so auch den umgedichteten Hain und Scheradmia die künftige Größe des Hohenzollernthums vorahnen oder gar die Meeremädchen die Notwendigkeit einer starken Flotte preisen läßt.

Die **letzte Mieterin** des im Abbruch befindlichen Hauses Neue Mohrstr. 13, Hrl. Horn, hat jetzt den Geladen an der Ecke der Wallstraße geräumt, so daß dem weiteren Abbruch des Hauses nichts mehr im Wege steht.

Ein **Doppelmörder?** In Bonn ist, wie wir gestern meldeten, ein Bildhauer Wilhelm Kohn, unter dem Verdacht verhaftet worden, im vergangenen Jahre die unversehrte Luise Günther in der Pfaffenheide ermordet zu haben. Hierzu wird der „Postillon Zeitung“ aus Bonn berichtet: Der Verhaftete stand längere Zeit bei dem ermordeten Valentin in Arbeit; man hat ihn auch wegen dieser That in Verdacht.

Die **Heilbader-Fabrik Arthur Koppel** in Berlin verlegt ihre Werkstätten nach Seefeld an der Hamburger Eisenbahn, eine Meile hinter Spandau, wo ein Gelände von 20 Morgen zum Bau neuer Fabrikanlagen angekauft worden ist.

Zu dem **gestrigen Gerüchteinbruch** in der Neuen Königstraße wird gemeldet, daß es dem verunglückten Pöller August Scholz, der beide Beine zweimal brach, leidlich gut geht; es ist Aussicht vorhanden, ihn am Leben zu erhalten. Die Ursache des Unfalls ist zweifellos darin zu suchen, daß die Leitern nicht durch Halter mit der Giebelwand verbunden waren. Ob die Schuld den anrührenden Pöller oder den Meister trifft, wird die weitere Untersuchung festzustellen haben.

Ein **trauriges Familienbild.** Eine Schreckensnacht erlebten die Bewohner des Hauses Jennstr. 6 in der Nacht zu gestern. Hier wohnt seit 6 Jahren der Schlosser Robert Wilhelm mit seiner Frau und drei Kindern, einer Tochter und zwei Söhnen, im Alter von 11 bis zu 18 Jahren. Wilhelm ist dem Trunte ergeben und arbeitete seit Jahren nicht mehr. Seine Frau erkrankte vor einem Jahr und liegt seit drei Wochen im Augustahospital an einem Gallensteinleiden darnieder. Als Wilhelm gestern abend um 10 1/4 Uhr wieder betrunken nach Hause kam, gab es einen furchtbaren Anstich. Seiner Sinne nicht mehr mächtig, verfiel der Mann in Tollhuth, ergriff die brennende Petroleumlampe, die auf dem Tische stand, und warf sie auf sein Bett. Die Kinder, die aus ihren Betten gesprungen waren, verhinderten ein Umsichgreifen des Feuers, indem sie es in seinen Anfängen mit Rissen erstickten. Nur wandte sich die Mutter des Vaters gegen sie. Mit einem Küchenmesser drang er auf sie ein und drohte, sie zu erstechen. Die Gefährdeten riefen durch ihr Hilfergeschrei die Hausgenossen herbei und holten die Polizei. Diese ließ einen kognischen Rettungswagen kommen, um den Lebenden einer Anstalt zuzuführen. Erst den vereinten Bemühungen der Schutzmänner und der Krankenschwester gelang es, ihn zu überwälzigen.

Berein für vollständige Kurie von Berliner Hochschullehrern. Herr Geheimrat Professor Dr. Waldeyer ist verheiratet, am nächsten Montag den Vortrag zu halten, er wird am Montag, den 13. November seinen Auszug über „die Rudel der Menschen und deren wichtigste Leistungen“ im Hörsaal des anatomischen Instituts halten.

Orgelvortrag. Freitag, abends 7 1/2 Uhr hält Herr Musikdirektor Otto Dienst in der Marienkirche einen Orgelvortrag bei freiem Eintritt zur Erinnerung an seine vor dreißig Jahren erfolgte Einweihung als Organist der Marienkirche. Das Dienstliche Vokalquartett (Hr. Vertraut Marisch, Hr. Echte Dienst, Herr Kier, Curtz und Herr Carl Naiche), die Gesäus Hr. Elisabeth Gung und Herr Robert Schwiebelmann wirken mit. Die Thüren der Kirche sind nicht vor 7 Uhr offen.

Feuerbericht. Mittwochsabend 8 Uhr konnte rechtzeitig eine gefahrdrohende Brand unterdrückt werden, der in der Glühlampenfabrik „Ideal“ in der Hauptstr. 8 zum Ausbruch kam. Der Fabrikhaber hatte unvorsichtigerweise ein noch brennendes Streichholz weggeworfen, das eine Quantität Schellack und einen Posten Glühlampfen, sowie Tische in Brand setzte. Durch rechtzeitiges Eingreifen der Wehr konnte jedoch die Gefahr bald beseitigt werden. Vorher erfolgte ein Ausbruch der Wehr nach Charlottenstraße 12, wo in einer Küche Papier und Lumpen in Flammen aufgingen. Ein Auf nach Berlebergersstraße 16 war auf blinden Lärm zurückzuführen. Angeregt in der Straße 2 hatte der Fußboden in der Küche Feuer gefangen, und gleichzeitig drohte Gollnowstraße 13 eine Gasexplosion durch eine schadhaft gewordene Gasröhre herbeizuführen, die aber durch Abstellung des Hauptabnahmes noch rechtzeitig verhindert wurde. Im Laufe des Donnerstags hatte die Wehr Michaelstraße in einem Kramladen und Markusstraße 52 in einer Lackierwerkstatt Schandfeuer abzulösen. Ein Alarm nach Spinnereistraße 105 betraf blinden Lärm.

Aus den Nachbarorten.

Charlottenburg. Sonntag finden drei öffentliche Versammlungen statt, in welcher die Stadtverordneten-Kandidaten Schriftsteller Kurt Baake, Dr. Bruno Bernhardt und Paul Hirsch über die bevorstehenden Stadtverordneten-Wahlen sprechen werden. Die Versammlungen tagen bei Nieg, Spandauer Berg, in der Gambirius-Bräuerei, Wallstr. 94 und bei Fischer, Deusselstr. 9. Das Erscheinen jedes Wählers ist notwendig. **Das Komitee.**

Stalau. Sonntagmorgens 9 Uhr spricht Genosse Markwald in der Victoria-Bräuerei über das Problem der Frauenfrage. In derselben Versammlung erfolgt die Neuwahl der Parteiamter.

Der socialdemokratische Vertrauensmann von Nixdorf, Genosse Max Pause, wohnt Herfurthstr. 2, vorn 2 Tr.

Nixdorf. Die Stadtverordneten-Versammlung sollte in ihrer gestrigen Sitzung je 19 Mitglieder und Stellvertreter in die Vorklassifikations-Kommission wählen. Die Angelegenheit wurde jedoch noch einmal an die Vorklassifikations-Kommission zurück verwiesen. — Der Magistrat beantragt im Einverständnis mit der Schuldeputation die Einrichtung von 16 neuen Gemeindevorstellungen und die Einstellung der erforderlichen Mittel in den Etat für das Jahr 1900/1901. Schon jetzt ist die Zahl der Klassen größer als die der Lehrer, so daß von den Lehrern zur Zeit bereits 180 Ueberstunden in der Woche erteilt werden müssen. Dieser Zustand, den der Magistrat selbst als Notbehelf bezeichnet, soll allmählich beseitigt werden. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Der Magistrat beantragt ferner, sich mit der Anstellung eines technischen Hilfsarbeiters für Schulangelegenheiten einverstanden zu erklären. Zur Befolgung sollen für das laufende Jahr 625 M. bereit gestellt und später noch nach folgenden Umständen verfahren werden: Der Hilfsarbeiter erhält jährlich außer dem festen Betrag von 1500 M. für jeden

die Zahl von 13 000 übersteigenden Gemeindefänger 10 Pfennig. Wahrscheinlich ist der Stand des dem Etatsjahr vorausgehenden 1. November. Zur Begründung verweist der Magistrat auf das starke Anwachsen der Bevölkerung und die ungewöhnliche Vermehrung der in Schlangengebühren zu bewältigenden Arbeiten. Die Anstellung eines Stadtdirektors sei zur Zeit noch nicht erforderlich und müsse namentlich wegen der damit verbundenen erheblichen Belastung des Etats so lange wie möglich verschoben werden. Deshalb wolle man es bei einem schulfachmässigen Mitarbeiter bescheiden lassen, der die Geschäfte im Nebenamt führe. Der Magistrat habe beschlossen, im Falle der Bewilligung der erforderlichen Mittel den Kreis-Schulinspektor Dr. Komorowski zu Misdorf unter Vorbehalt des jederzeitigen Widerrufs in dieses Nebenamt zu berufen. — Auf Antrag des Stadtverordneten Abraham wurde für die Dauer der Verhandlung über den Magistratsvorschlag gegen den Protest der Sozialdemokraten die Öffentlichkeit ausgeschlossen. Die Verhandlung nahm mehrere Stunden in Anspruch. Schließlich wurde der Antrag des Magistrats mit der Abänderung angenommen, daß das Gehalt auf 1500 M. zu bemessen und die fortlaufende Erhöhung späteren Beschlüssen vorzubehalten sei.

Der Sozialdemokratische Verein von Nieder-Schöne-weide-Johannisdorf hält seine Mitgliederversammlung am 4. November, abends 8 1/2 Uhr, bei Teufelbein ab.

Superintendent Vorberg in Schöneberg hat am 1. November sein Amt als Kreis-Schulinspektor für den Landkreis Berlin-Köln Land II aus Gesundheitsrücksichten niedergelegt. In dem Verabschiedungsprozeß gegen die Männer, die den Vortag hatten, die Schöneberger Schülermishandlungen zu rügen, erklärte seiner Zeit Herr Vorberg als Zeuge, daß die prägeluden Lehrer gewissenhafte und vertrauenswürdige Leute seien.

Schöneberg. In der Nummer vom Mittwoch nahmen auch wir von der aufsehenerregenden Beschuldigung König, die der Geheimsekretär Konopke gegen den Stadtverordneten Schlächtermeister Haase erhoben hatte. Herr Konopke veröffentlicht in dieser Angelegenheit nunmehr folgende Erklärung: „In einer Wählerversammlung zu Schöneberg habe ich dem Schlächtermeister, Stadtverordneten Herrn Haase den Vorwurf gemacht, daß derselbe auf dem Wochenmarkt zu Schöneberg ungestempelt Fleisch angelauft und in der Markthalle auf dem Magdeburger Platz durch seine Frau verkauft hat. Ich kam diesen Vorwurf nicht aufrecht erhalten, da ich mich inzwischen überzeugt habe, daß die mir zugelegte Behauptung unrichtig ist. Habe auch Herrn Haase gegenüber bereits mein Bedauern vor dem Herrn Schiedsmann über den gemachten Vorwurf ausgesprochen. H. Konopke.“

Zu Zukunft wird Herr Konopke hoffentlich vorsichtiger in seinen Anschuldigungen sein.

Vom Charlottenburger Hausagrarierium. In der Nachbarschaft der technischen Hochschule wohnen seit Jahren eine Anzahl kleiner Leute, die sich einen kleinen Nebenverdienst schaffen, indem sie ein bis zwei Zimmer an Studenten vermieten. Als nun in diesem Sommer von einer Wohnungsnot in Charlottenburg die Rede war und dieser Umstand zu erheblichen Mietsteigerungen herhalten mußte, da glaubten verschiedene Hausbesitzer, sie könnten ihren Häusern dadurch ein vornehmeres Ansehen geben, daß sie Mieter, welche Chambragarnisten aufzunehmen, nicht mehr in ihren Räumen duldeten. Aus diesem Grunde mußten beispielsweise nicht weniger als fünf Mieter eines einzigen Hauses in der Herderstraße am 1. Oktober ziehen. Wer sich mit Zimmervermietern befaßt wollte, oder wer auch nur mit mehreren Kindern gesegnet war, dem fiel es sehr schwer, eine passende Wohnung zu finden. Weisend wurden derartige Wohnungsuchende zurückgewiesen. Manche Hauswirth hat sich allerdings in seinen Spekulationen verrechnet. Auch dem Besitzer des genannten Hauses in der Herderstraße ist es nicht gelungen, anstatt der gekündigten kleinen Leute „vornehme“ Mieter zu erhalten; er mußte sich vielmehr dazu bequemen, wieder Leute aufzunehmen, die an Studenten vermieten. Es sind eben in jener Gegend zahlreiche Familien auf diesen Erwerb angewiesen, und so groß ist die Wohnungsnot in Charlottenburg nicht, daß sich die Wirthe „vornehme“ Mieter nach ihrem Geschmack ausfinden können.

Aus Charlottenburg wird bekannt, daß die Disziplinär-Voruntersuchung gegen drei dortige Magistratsbeamte abgeschlossen worden ist, die im Verdacht standen, dem verhafteten Reichsgläubiger Geßler fälschliche Attestate für seine Angriffe gegen die Charlottenburger Stadtverwaltung zur Verfügung gestellt zu haben. Gegen zwei Beamte ist Anklage beim Bezirksanwaltschaft erhoben worden, während der dritte außer Verfolgung gesetzt wurde.

Erschossen aufgefunden wurde gestern abend in der Nähe der Kaserne in Westend der Sergeant G. von der 9. Kompanie des Königin Elisabeth-Garde-Grenadier-Regiments Nr. 3. Kurz vor Straße, die er wegen einer fälschlich stattgegebenen Schlägerei mit Civilpersonen zu gewärtigen hatte, hat ihn in den Tod getrieben.

Ueber die Zerschörung an der Ringergruppe auf der den Lustgarten in Potsdam abziehenden Sandsteinkolonne herrscht jetzt, wie die „Potsd. Kor.“ meldet, nach genauer Untersuchung des Bildwerkes die Ansicht vor, daß der Arm der einen Figur möglicherweise durch Kinder, die unter derselben hinweggekrochen sind und sich dabei an dem Arm festgehalten haben, abgeworfen wurde. Es hat sich nämlich herausgestellt, daß die Gruppe im Laufe der Jahre verschiedene Brüche in dem Sandstein erhalten hat. — Kasperle in der „Deutschen Tagesztg.“ wird jetzt zu beweisen haben, daß es sozialdemokratische Kinder waren, die das Zerschörungswerk vollbrachten.

Der „Lokal-Anzeiger“. In der letzten Abendnummer des trotz allem auch in tausenden Arbeiterfamilien gelesenen Blattes finden wir unter Rixdorf folgende: „Der letzte Gendarm. Einen wie starken freundschaftlichen Charakter das Verhältnis hatte, das zwischen der Bevölkerung Rixdorfs und den geschiedenen Gendarmen bestand, konnte gestern bei einer netten Scene so recht beobachtet werden. Nachdem die meisten Gendarmen bereits am Dienstag den Ort verlassen hatten, kam gestern der letzte von ihnen langsam die Kirchstraße heraufgeritten, um sich nach Dahlem, seinem neuen Wohnort, zu begeben. Auf dem ganzen Wege kamen ihm die Leute, die gerade den Vorübergehenden bemerkten, aus den Häusern heraus oder öffneten die Fenster, riefen dem Scheidenden ein herzliches, lautes „Lebewohl!“ nach und winkten mit Fächern und Hüten. An der Ecke der Hermannstraße am Mariendorfer Weg eilten aus dem Wandschen Gasthof alle Gänge herbei, auch die dort in der Nähe wohnenden Geschäftsleute kamen hinzu, und so mußte denn der Gendarm hier sein Pferd anhalten, mit all den Leuten einen letzten Händedruck wechseln und Abschied thun auf die vielen Schoppen, die schnell auf sein ferneres Wohlergehen geleert wurden.“ Es ist nur dieser Leistung noch hinzuzufügen, daß beim Anblick des letzten Gendarmen einige Rixdorfer Frauen, Greise und Kinder vor Schmerz ohnmächtig geworden sind. Vor jeßlichem Schmerz natürlich.

Der ehemalige Gendarm Schenkwitz wurde am Mittwoch aus dem Spandauer Amtsgerichtsgefängnis als Untersuchungsgefangener nach Roabit gebracht; er war beim Transport geflohen. Sch., früher Sergeant eines Spandauer Garderegiments, hatte eine Stelle als Gendarm in Neu-Weißensee erhalten. Wegen zahlreicher Amtsvergehen wurde er aber nach wenigen Monaten seines Dienstes entbunden; seitdem hat er in Berlin und Vororten nur von Schwindeleien gelebt, bis er schließlich auf Anzeige der Geschädigten vor einiger Zeit in Spandau verhaftet wurde. Während der Untersuchungszeit ist er von seinen der Militärbehörde, deren Disziplin er als Gendarm unterlag, degradiert worden. Vor dem Civilgericht wird er sich demnächst wegen verschiedener schwerer Vergehen, darunter auch wegen Verleitung zum Meißel gegenüber seiner Frau, zu verantworten haben.

Vermischtes.

Der Typhus ist auf drei Schiffen, welche auf dem Ems-Jade-Kanal verkehren, konstatiert worden. Amtlicherseits wurden deshalb in den anliegenden Gemeinden die nöthigen Warnungen erlassen. Todesfälle sind noch nicht vorgekommen.

Verhute (Departement Deux-Sèvres), 2. November. Heute früh 2 Uhr stießen auf Bahnhof Thouars zwei Eisenbahnzüge zusammen. Zwei Mann des Insperionals wurden getödtet, zehn Personen schwer verletzt. Dem Deputierten Lunès d'Ornano, welcher

sich unter Letzteren befindet, wurden beide Beine abgefahren. Viele Personen sind leicht verletzt.

Marktpreise von Berlin am 1. November 1899

| nach Erachtungen des Hpt. Polizeipräsidenten | | nach Erachtungen des Hpt. Polizeipräsidenten | |
|--|-------|--|-------|
| Ware | Preis | Ware | Preis |
| Weizen | 15,20 | 14,20 | 1,60 |
| Woggen | 15,10 | 14,10 | 1,80 |
| Butter-Gerste | 14,20 | 13,10 | 1,60 |
| Butter gut | 15,20 | 14,60 | 2,80 |
| mittel | 14,50 | 13,90 | 2,80 |
| gering | 13,80 | 13,30 | 2,80 |
| Rüchtrich | 4,00 | 3,80 | 2,80 |
| Den | 7,20 | 4,00 | 2,60 |
| Erbsen | 40,00 | 25,00 | 1,80 |
| Eweisedohnen | 50,00 | 25,00 | 1,80 |
| Winsen | 70,00 | 30,00 | 1,80 |
| Kartoffeln neue | 7,00 | 4,00 | 1,80 |
| Rindfleisch, Rente 1 kg | 1,60 | 1,20 | 12,00 |
| do. Band | 1,20 | 1,00 | 2,50 |

* Grummett pro Tonne von der Centralstelle der Preuss. Landwirtschaftskammern — Notierungsstelle — und ausgegeben vom Polizeipräsidenten für den Doppelcentner. † Kleinhandelspreise.

Produktenmarkt vom 2. November. Der Getreidemarkt war wiederum durch verhärtetes Angebot bei mangelndem Kaufsintereße unglücklich beeinflusst. Für die Rinderzuchtung des Brotgetreides kam ferner die Fortdauer des schönen Wetters und die verhältnißmäßig geringe Nachfrage in Betracht. Bei ziemlich belanglosem Geschäft war Weizen 1,50 M., Roggen 1,40 M. billiger angeboten. Infolge der allgemeinen mattenen Tendenz gab auch Hafer 50 Pf. nach, während Haubel seinen Preis nicht veränderte. Am Spiritusmarkt kamen wieder einige Abflüsse zu Stande, nachdem die Käufer und Geber von Socoware sich auf den Preis von 45,40 M. für Weizen und 42,00 M. für Gerste geeinigt hatten. Terzware waren bei diesem Geschäft leicht befristet.

Kartoffelmarkt. Feuchte Kartoffelstärke 10,90 M. In reine Kartoffelstärke disponibel und November-Dezember 20,75 M. In Stärke und Mehl, Mittel-Qualität 19,50—20,00 M. per 100 Kilogramm.

Fier-Vericht vom 2. November. Normale Fier je nach Qualität von 3,25—3,70 M. per Schock. Ausortierte kleine Ware je nach Qualität von 2,80—2,35 M. per Schock. Kalteier je nach Qualität von 3 M. per Schock. Tendenz: etwas feher.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag und Freitag von 6—8 Uhr abends statt.

W. R. 100. Unter der Voraussetzung, daß dieses Recht in Anwendung kommt: 1. Wenn das Testament anfechtbar ist. 2. Der Wirttheil beträgt nach wärslichem Recht, wenn 4 oder weniger erbfähige Kinder da sind, 1/2, wenn mehr als 4 Kinder da sind, 1/3 der Erbportion. 3. Jünger hat zwei Jahren. 4. Kein. 5. Jhm. 6. Ja. — C. in W. Die Schwiegermutter bedarf keiner Vollmacht. Ihre Frau kann, falls das Testament nicht eine entgegenstehende Bestimmung enthält, Entzug ihres Wirttheils auf dem Grundbuch verlangen. — G. Z. 77. 1. Das Kind bleibt bis zu seinem 14. Jahre katholisch. Die von Joneu gewünschte Anrechte auf das Kind können Sie nur durch einen mit der Mutter und dem Vormund geschlossenen gerichtlichen Vertrag gültig erlangen. 2. Verjährung kann in 30 Jahren eintreten. Beschneidung erfolgt nicht von Amts wegen. Sie selbst müssen den Tod nachweisen und bei dem Amtsgericht Schritte zur Erlangung der Erbschaft machen. — P. Zukunftsfrage. 1. Ja. 2. Ja. 3. Das hängt davon ab, welches Güterrecht für die Eheleute gilt, wo sie den ersten Wohnsitz nach der Ehe genommen und ob sie einen Vertrag geschlossen haben. 4. Ein Wandergewerbetreibender kann u. a. verlagert werden, wenn seit Verabreichung im Verle spezifischer Verordnungen noch nicht 5 Jahre verfloßen sind. Früher (vor der Novelle vom August 1896) betrug diese Frist 3 Jahre.

Witterungsüberblick vom 2. November 1899, morgens 8 Uhr.

| Stationen | Baromet. hoch mm | Windrichtung | Windstärke | Wetter | Temp. in °C | Stationen | Baromet. hoch mm | Windrichtung | Windstärke | Wetter | Temp. in °C |
|-----------|------------------|--------------|-------------|--------|-------------|-----------|------------------|--------------|------------|--------|-------------|
| Stolpe | 762 | SSO | 3 heiter | 3 | Japananda | 755 | SSO | 2 Nebel | -7 | | |
| Damberg | 760 | SSO | 2 hll. bed. | 3 | Petersburg | 757 | SSO | 1 Regen | -2 | | |
| Berlin | 763 | SSO | 2 hll. bed. | 3 | Wars | 743 | SSO | 4 bedekt | 13 | | |
| Wiesbaden | 763 | D | 1 wolkig | 4 | Köln | 743 | SSO | 8 wolkig | 11 | | |
| München | 766 | SSO | 2 hll. bed. | 4 | Paris | 758 | SSO | 2 bedekt | 14 | | |
| Wien | 769 | SSO | 1 wolkig | 5 | | | | | | | |

Wetter-Prognose für Freitag, den 3. November 1899. Jämlich heiter, etwas wärmer, bei nöthigen bis frischen südlichen Winden; keine oder nur schwache Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

Achtung, V. Wahlkreis. Sonntag, den 5. November, vormittags 11 Uhr, im Saale des „Handwerker-Vereins“, Sophienstr. 15: **Oeffentliche**

Kommunalwähler-Versammlung Tages-Ordnung: 1. Die bevorstehenden Stadtverordneten-Wahlen. 2. Diskussion. 217/17 **Das Wahlkomitee.**

Achtung! Achtung! **IV. Wahlkreis.** 20., 21., 26., 27. Kommunal-Wahlbezirk. Sonntag, 5. November, mittags 12 Uhr: **Grosse Versammlung** bei Keller, Koppen-Strasse 29. Tagesordnung: Was wollen die Arbeiter im Roten Haus? Referenten: 215/19 **Dr. Friedberg, Arthur Stadthagen.** Um rege Theilnahme ersucht **Das Komitee.**

Oeffentl. Wähler-Versammlung für den 38. Kommunalwahl-Bezirk am Sonntag, den 5. November, vorm. 11 1/2 Uhr, im Zwirnemünder Gesellschaftshaus, Zwirnemünderstrasse 12. Tages-Ordnung: 1. Warum ist es notwendig, daß die Arbeiterschaft sich an den Stadtverordneten-Wahlen beteiligt? Referent Reichstags-Abgeordneter **Franz Tutzauer.** 2. Freie Diskussion. 220/15 **Das Wahlkomitee.**

Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter und Berufsgenossen Berlins und Umgegend. Montag, 6. November, abends 8 1/2 Uhr, bei Herrn Graumann, Rannstr. 27: **Mitglieder-Versammlung.** Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Herrn Dr. Jost über: Das Problem der menschlichen Willensfreiheit. 2. Diskussion. 3. Vereinstätigkeiten. 145/3 **Der Vorstand.** Den Kollegen von Rixdorf zur Nachricht, daß die Zahlhülle sich Jägerstr. 69 bei Sie befindet.

Verein der Bauanschläger Berlins und Umgegend. Sonntag, den 5. November, vormittags 10 1/2 Uhr, bei Buske, Grenadierstr. 33: **General-Versammlung.** Tages-Ordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Fall Zimmermann. 3. Abrechnung von der Dampfpartie. 4. Verschiedenes und Fragelosen. Beiträge werden nur zwischen 10—11 Uhr angenommen. **Der Vorstand.** 33/10

Achtung! Töpfer. Sonntagabend, den 4. November, vormittags 9 Uhr, bei Keller (großer Saal, Koppenstrasse 29): **Oeffentl. Versammlung der Töpfer Berlins u. Umg.** Tages-Ordnung: Das Resultat der Verhandlungen mit der Meisterschaft. 194/4 **Die Lohnkommission.**

Achtung! Zimmerer. Achtung! Sonntag, den 5. November 1899, nachmittags 1 1/2 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20: **Oeffentl. Versammlung der Zimmerer Berlins und der Vororte.** Tages-Ordnung: 1. Die Bestrebungen des Arbeiterbundes für das Baugewerbe und der Verband der Zimmerer Deutschlands. Referent Kamerad **August Bringmann** (Darmstadt). 255/9 2. Bericht des Delegierten der Gewerkschaftskommission. 3. Verschiedenes. Die Versammlung wird pünktlich 1 1/2 Uhr eröffnet. **Der Einberufer: H. Knüpfer.** Um recht zahlreiche Erscheinungen ersucht

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Heute, Freitag, abends 8 1/2 Uhr, bei Cohn, Bentstr. 20-21, **Sitzung der Orts-Verwaltung.** Achtung! **Allgem. Orts-Krankenkasse gewerblicher Arbeiter und Arbeiterinnen, Berlin.** Sonntag, 5. November, vorm. 8 Uhr, in den „Andreas-Besälen“, Andreasstrasse 21: **Mitglieder-Versammlung.** Tages-Ordnung: Unsere Delegierten-Wahlen. Die Delegierten-Wahlen finden am 3. Dezember statt. Es ist daher Pflicht eines jeden Mitgliedes, in der Versammlung zu erscheinen. Um rege Theilnahme zur Einzeichnung in die Delegierten-Liste wird gebeten. Bei Einzelanfragen bitten die Buch-Nummern anzugeben. **Die Dreizehner-Kommission.** 612/6

Verband der Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands Zahlhülle Berlin I. Sonntag, den 5. November, vormittags 10 1/2 Uhr, im Lokal Alte Jakobstr. 75: **Mitglieder-Versammlung.** Tages-Ordnung: 1. Die letzten Konferenzbeschlüsse. 2. Wie stellen sich die Mitglieder zu der Angelegenheit Schmidt? 3. Verhandlungsgegenstände. Die Kollegen werden aufgefordert, mit den Büllets von der Sternwarte abzurechnen. **Die Ortsverwaltung.** 45/9

Achtung! Berlin, den 23. Oktober 1899. Oeffentliche Sitzung des königlichen Schöffengerichts I. In der Privatklage des Hpt. Wirttheil Johann Varr zu Berlin gegen den Maurer Wilhelm Kunow ebenda, wegen Verletzung schädlichen Parteien folgenden Vergleich: Der Angeklagte bedauert, aus Mithverhältnissen den Kläger beschuldigt zu haben, der Polizei Dienste geleistet zu haben, und erklärt, daß die Behauptung unbegründet sei und verpricht, sie nicht mehr zu wiederholen. Angeklagter übernimmt die Kosten. Privatkläger nimmt die Klage zurück. **B. g. u. (29779)*** (gez.) Wilhelm Kunow. (gez.) Johann Varr.

Neue Zeit zu kaufen gesucht. Mehrere Jahrgänge und den Jahrgang 1898/99. 230/18 Angebot ertheilt Hiesing, Buchhandlung Horwärtz, Berlin SW, Brühlstr. 2.

Centralverband der Maurer Deutschlands (Zahlhülle I. Unter). Sonntag, den 5. November, vormittags 11 Uhr, im Lokal „Arminhallen“, Kommandantenstr. 20: **Mitglieder-Versammlung** Tages-Ordnung: 1. Abrechnung vom 3. Quartal. 2. Die Lichtarbeit in unserem Beruf und das Befahren der Rampen von Seiten der Kollegen. 3. Verschiedenes. 135/2 **Die örtliche Verwaltung.**

Verband der Sattler, Tapezierer und verw. Berufsgenossen (Zahlhülle Berlin I). Sonntagabend, den 4. November, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal „Englischer Hof“, Neue Köstrasse 3: **Mitglieder-Versammlung.** Tages-Ordnung: 1. Vortrag über: Technische Fortschritt mit Berücksichtigung der Motorwagen. Referent: Herr V. W. Grempe. 2. Diskussion. 3. Abrechnung. 4. Verschiedenes. 157/17 Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen bittet **Der Vorstand.**

Filiale der Militär-Effekten-Sattler. Berlin IV. 167/18 Sonntagabend, den 4. November 1899, abends 9 Uhr, im Lokal „Arminhallen“, Kommandantenstrasse 20: **Mitglieder-Versammlung.** Tages-Ordnung: 1. Wahl des gesamten Vorstandes. 2. Wahl der Agitationskommission. 3. Verschiedenes. **S. u. G. Wagner.**

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freitag, 3. November.
Opernhaus. Die Meisterlerner von Nürnberg. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. Waldheims Lager. Die Piccolomini. Anfang 7 1/2 Uhr.
Deutsches Hoftheater. Anfang 7 1/2 Uhr.
Königliches Hoftheater. Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Die Herren Söhne. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. Der Richter von Zalamea. Anfang 8 Uhr.
Neues. Ein unbeschriebenes Blatt. Anfang 7 1/2 Uhr.
Königliches Hoftheater. Die lustigen Weiber von Windsor. Anfang 7 1/2 Uhr.
Thalia. Der Pianist. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichshaus. Jagdfreuden. Vorher: Familien-Souper. Anf. 7 1/2 Uhr.
Königliches Hoftheater. Molly Carr. Anfang 8 Uhr.
Central. Die Geisha. Anfang 7 1/2 Uhr.
Carl Weiskopf. Der Weltuntergang. Anfang 8 Uhr.
Victoria. Es ist erreicht. Hierauf: Die weiße Henne. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmsstädtisches. Ein gesunder Junge. Anfang 8 Uhr.
Volkshaus. Sonnabend: Gastspiel des Schillertheaters. Anfang 8 Uhr.
Metropol. Hund am Berlin. Im Reiche der Seceffion! Anfang 8 Uhr.
Apollo. Frau Luna. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichshaus. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Volkshaus. Entfame im Bade. Spezialitäten-Vorstellung. Anf. 8 1/2 Uhr.
Volkshaus. Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.
Urania. Invalidentheater. 57/62. Täglich abends von 6-10 Uhr: Sternwarte.
Landsberg. 48/49. Im Theater: Der Sieg des Menschen über die Natur. Anfang 8 Uhr.

Urania

Taubenstrasse 48/49.
Im Theater abends 8 Uhr
„Der Sieg des Menschen über die Natur“.
Invalidentheater. 57/62:
Tägl. Sternwarte.
Nachmittags 5-10 Uhr.

Passage-Theater.
Neu!
Anatomisch. Museum.
Dienstags für Damen.
Passage-Theater:
Wort v. 7-10 1/2.
15 ersteklassige Debuts.

CASTANS PANOPTICUM
165. Friedrichstrasse 165.
Neu! Die besten Neu! und tanzen
Derwische
! aus Ober-Aegypten!
Ohm Krüger * Dreyfus
Mercier * Zoia.

Metropol-Theater.
Behrenstr. 55/57.
Direktion: Richard Schulz.
Das volkstümlichste
neue November-Programm.
Madem. Miette
die entzückende Pariser Straßenjüng-
Zalva Trio
die Meister-Akrobaten auf Drahtseil.
Tartakoff
die unerreicht. russisch. Sänger u. Tänzer.
Carmen Roccas
Spaniens beste Tänzerin.
Georg Kaiser
mit seiner unübertreffl. Opernparodie.
Mary Wolf
Deutsche Chansonette.
Cabaret
mit seinen Risikotänzerinnen.
Familie Klein
die kleinsten Radfahrer der Welt.
Um 9 Uhr 30 Min.: Der Schlag-
der Saffon:
Das lustigste!
wichtigste! amüsanteste! bunteste!
was Berlin gegenwärtig bietet!

Schiller-Theater

(Dalkner-Theater).
Freitag, abends 8 Uhr:
Der Richter von Zalamea.
Schauspiel
in 3 Akten von Calderon de la Barca,
bearbeitet von Adolf Hilbrandt.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Der Richter von Zalamea.
Sonntag, nachmittags 3 Uhr:
Erste Vorstellung im Schiller-Gymn:
Die Räuber.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Die Grossstadtluft.

Central-Theater

Direktion: José Ferenczy.
Die Geisha.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Sonntag, nachmittags 3 Uhr, zu
halben Preisen: Die Fiederer
von Johann Strauß.

Carl Weiss-Theater

Dr. Frankfurterstrasse 132.
Der Weltuntergang.
Größtes Ausstattungsstück mit Gesang
in 3 Akten (15 Bildern) von Dr.
Carl Weiss und Joh. Dill.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Der Weltuntergang
ist die größte Spektakelmacht der
Welt, daher sollte niemand ver-
säumen, sich den

Der Weltuntergang

anzusehen. Über 35.000 Personen
haben dieses große Ausstattungsstück
schon angesehen und sind voll des Lobes
über den feuerstarken Berg,
über den Zusammensturz des Kom-
mens mit der Erde und des
Wunder mit der Luftautomobile.
Der Weltuntergang
beginnt täglich 8 Uhr.
Sonnabend: Schiller-Vorstellung:
Die Räuber.

Cirkus Alb. Schumann.

Grösster equestrischer
Cirkus der Welt.
Im eleganten neu renovierten
Cirkus Renz.
Heute, Freitag, den 3. November et.,
abends präzis 7 1/2 Uhr:
Größe außerordentl. Vorstellung
mit ganz exquisites Programm.
U. a. Wirth der Kaiserstadt, dargestellt
vom Personal. Zum 1. Male: Aus
der Kaiserstadt auf der Insel
Capri. Dr. Ballett-Exhibition, ge-
steuert von der ersten Solotänzerin
Hil. Bertha Kappo, der zweiten Solo-
tänzerin Hil. Carl und 50 Damen
des Corps de Ballet. Vencedor
Solo-Team. Noch nie dagewesen:
Fische als Akrobaten. Die schwierigste
Dressur. Original des Dr. Albert
Schumann. Parforce-Hirschjagd mit
2 extra dazu dressierten Hirschen
oder ein Hirsch am Abendessen.
Ruhig, ruhiger Schimmel aus
d. L. I. Uhr. Geführt in allen Gänge-
arten der hohen Schule, dress. u. ger.
vom Dr. Alb. Schumann. Champion-
boxer Sullivan. Kappo u. Reade et. et.
Morgen, Sonnabend: I. Grande
Soiree. High-Life.
Sonntag: 2 Vorst. Kinder bis zu
12 Jahren zahlen nachmittags halbe
Preise auf allen Plätzen mit Aus-
nahme der Galen.

Reichshaus. Stettiner Sänger.
Meyel,
Vieira, Britton,
Steidl, Krone,
Schwabe,
Schneider
und Schrader).
Heute zum Schluss:
Pepita vor Gericht.
Anfang präzis 8 Uhr.
Tageliste 11 bis 1 Uhr.

Turnverein „Fichte“.

(Mitglied des Arbeiter-Turnerbundes.)
Sonnabend, den 4. November
Grosses Künstler-Konzert
zum Besten eines Fonds für verunglückte Turner des Vereins
im grossen Festsale der Aktienbrauerei Friedrichshain, fr. Lipps.
Mitwirkende:
Das Neue Berliner Sinfonie-Orchester unter Leitung des Musikdirektors Herrn Karl Zimmer.
Orgel: Herr Musikdirektor Kurtz. Harfe: Hel. Majder, sowie das Berliner Männer-Doppel-
Quartett „Harmonie“.
Entree 50 Pf. Tanz 50 Pf.
Anfang präzis 8 1/2 Uhr.
Billets sind in allen mit Plakaten besetzten Handlungen, sowie bei allen Turngenossen und
auf allen Turnplätzen zu haben.
Offene Kasse findet nicht statt.
Su recht zahlreichem Besuch ladet ergeht ein
Das Komitee.

Thalia-Theater.

Tel. Amt IVa 6440. Dresdenstr. 72/73.
Der Plajmajor.
Thomas, Thiescher, Helmolding,
Junkermann.
Im 2. Akt: Gr. Muroffoy * Terzett.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Palast-Theater

früher
Feen-Palast, Burgstrasse 22.
Das neue riesengroße
November-Programm.
Erstklassige Spezialitäten
Berlin nach Bräun
zum 24. Male
über die zweifelhafte Schütternde Aus-
sattung des Gesangs-Burleske
Susanne im Bade.
Berlin kommt um 10 Uhr über die
phonomenalen Meisterturner am sechs-
fachen Kletter.
Drei Vasilen.
Anf. 7 1/2 Uhr. Rosenstrasse 6 1/2 Uhr.
Mittwoch: Rosenstrasse vorm. u. 11-1 Uhr.
Sonnabend nach der Vorstellung
Gesellschaftsabend und Tanz
Bormorgens sind gütig.

Apollo-Theater.

Um 7 1/8 Uhr beginnt
Frau Luna
mit dem Luftballett „Grigolatis“
unter abwechselnder Mitwirkung
des ständigen Ensembles.
Spezialitäten:
Mlle. Rosalia, Franklins
Partners-Akrob. The Gothams,
Vokalquartett. — E. Bonetty,
Dressierte Fische mit Hähnern,
Hunden etc. zusammen in einem
Centralkäfig vorgeführt.
Die Barra-Truppe, Muso-
Excentrics, Eva Haller, Soubr.
Robert Steidl.
Anfang der Vorstellung 7 1/2 Uhr.
Ende 11 Uhr.

Sanssouci

Kottbuserstr. 4a.
Täglich außer Sonnabend
**Hoffmanns Nord-
deutsche Sänger.**
Anfang wochentags 8 Uhr.
Sonntag 6 1/2 Uhr.
Donnerstag und Freitag
nach der Soiree: Tanz.
Hoffmann mit'n Loh-
kasten. — Alle zu Fest-
lichkeiten. Saal f. 150 Pers. a. Sonntags.

Maehrs Theater

Oranienstr. 24.
Grüne Jungs.
Gesangspöke in 1 Akt von G. v.
Eugen Rossé, Wimmer, Elsa Neasser
(prologiert), Franziska Held, Gertrud
Bürgel.
Freitag: Familienabend.
Anfang 8 Uhr. Sonntag 6 Uhr.
Bormorgens an Wochentagen gütig.

W. Noacks Theater,

Brannenstrasse 16.
Der Hüttenbesitzer
Schauspiel in 3 Akten v. Erich Nied.
Jeden Sonntag, Dienstag und
Donnerstag nach der Vorstellung:
Tanzkränzchen.

Charlottenburg.

M. Schmerberg 122902
Wilmsdorferstrasse 127,
Uhrmacher und Goldarbeiter.
Großes Lager von Uhren
und Goldwaren zu
ausb. bill. Preisen.
Optische Artikel. Christen
werd. schmerzlos gehoben.

Vereins-Kränze

C. Jürgens
Bouquet- und Kranzbinderei
Kottbuserstr. 3. Wasserthorstr. 89.

Große Betten 12 M.

(Ober- u. Unter- u. 2 Bettstellen mit
gereinigtem neuen Feder-
kissen u. Bettzeug, Berlin u. Um-
gebung 40. Preisliste kostenlos. Diele
Küchenausstattungen.

Neues Clubhaus,

72. Kommandantenstr. 72.
Sind noch einige Sonntage zu
vergeben. 5026
Achtung! Meine Vereinszimmer,
30-80 Personen fassend,
sind noch zu vergeben. 2904L.
P. Zimmermann, Debers. 40 c.
Täglich frisch ausgebackt:
Sirichfleisch 25, 30, 40 Pf.
Blatt 60 Pf.
Oderbruder Gänje 50 u. 55.
Kaninchen 70; Hasen,
Hühner, Enten, Tauben.
A. Ritschl, Dresdenstr. 61.
Zei für Damen
und Herren.
Vollständig neu
eingedeckt.
3 Dampf-3 RR.
Brennend 50 Pf.
7 Pf. 3 RR.
Loh-Tannbad
Charlottenburg
Berlinerstr. 109.

Bücher jeder Wissenschaft, köstl.
Pflanzweine, Cigaren, Ginn, Schreib-
maschinen befestigt, samt feinsten noch
Preishaus, Rosenstrasse 11/12.

Brauerei

zum 25730
Berliner Bären
35 Weipenburgerstr. 35.
Täglich
von 7 Uhr früh bis 7 Uhr abends
Jungbier-Verkauf
(Brauerei-Abzug).
Bormorgenspreise an Kantinen und
Fabriken ohne Zwischenhändler.

Filzhüte

für Herren
neueste Fagon 1.-1.45, hochfeine
2.-, extra feine 2.00 im Engros-
lager, Prenzlauerstrasse 20, 2 Tr.
Kaasen- und Kinderhüte
in großer Auswahl. 4426

PLASMON

(Siebold's Milcheiweiss)
Die neueste und vollkommenste Errungenschaft
auf dem Gebiete der Ernährungskunde ist das
welches höchsten Nährwert, leichteste Ver-
daulichkeit, bequemste Verwendungsart mit
billigem Preise vereinigt. Als reines, kalches,
geschmack- und geruchsfreies Eiweiss kann das
Plasmon jeder Speise zugesetzt werden, ohne
deren Geschmack zu beeinträchtigen. Es bildet
daher ein ideales Nähr- und Kräftigungsmittel
für Kranke, Reconalescenten, blutarme und
schwächliche Personen jeden Alters etc.
Siebold's Nahrungsmittel-
Gesellschaft m. b. H.
Berlin W., Köthener Strasse 11.

Anker

Brikets

Ankerlaunt vorzüglichste Qualität.
In allen besseren Kohlenhandlungen zu haben.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Den Mitgliedern zur Nachricht, das
der Kollege, Schäfer (Kassareiter)
Ernst Mühle
am Mittwoch, den 1. November,
früh 1/7 Uhr verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Sonn-
tag, den 5. nachmittags 3 Uhr, vom
Trauerhause Kopenstr. 41 nach
Wilmshausen statt.
Um rege Beteiligung ersucht
277/15
Der Vorstand.

Socialdemokratischer Wahlverein f. den 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

(Osten.)
Den Mitgliedern zur Nachricht, das
unser Parteigenosse und Mitglied,
der Gastwirt
Ernst Mühle
am Mittwoch, den 1. November, im
53. Lebensjahre verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Sonntag,
nachmittags 3 Uhr vom Trauerhause
Kopenstr. 41 nach Wilmshausen statt.
Um rege Beteiligung ersucht
248/14
Der Vorstand.

Verein socialdemokratischer Gast- u. Schankwirte

Berlins und Umgegend.
Am Mittwoch, den 1. November,
früh nach kurzen Krankheitslager unser
braves Mitglied, Kollege
Ernst Mühle.
Die Beerdigung findet am Sonn-
tag, den 5. Nov., nachmittags 3 Uhr,
vom Trauerhause Kopenstr. 41 aus
statt. 69/20
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

(Verwaltungsstelle Berlin).
Todes-Anzeige.
Am Montag, den 30. Oktober 1899
verstarb infolge eines Unfalles unser
Mitglied, der Former
Georg Badermann.
Die Beerdigung findet am Freitag,
den 3. November, nachmittags 3 Uhr,
von der Hermannsdorfer Leichenhalle
aus statt. 117/2
Die Ortsverwaltung.

Todes-Anzeige.

Am 27. Oktober d. J., vormittags
7 Uhr, wurde mir mein innigstgeliebter,
guter Gatte, der Schlosser
Otto Scherbarth
im Alter von 35 Jahren plötzlich
durch den Tod entzogen. Tief betrübt
widme ich diese Anzeige Verwandten
und Freunden und bitte um stillen
Teilnahme.
Minna Scherbarth, geb. Somhammer,
Weienstrasse 6. 621b

Todes-Anzeige.

Die Beerdigung findet am 3. No-
vember d. J., nachmittags 2 Uhr, vom
Leichenhause, Hannoverstr. 6,
auf dem neuen Waldfriedhofe statt.
Die Ortsverwaltung Berlin III.

Todes-Anzeige.

Nach langem, schwerem Ver-
leiden verstarb mein innigst-
geliebter Mann, unser guter
Vater, Großvater u. Schwieger-
vater, der Weber
Friedrich Paelsch
gen. Koch.
Die Beerdigung findet am Sonntags-
nachm. 3 Uhr von der Leichen-
halle des Wilmshausener Fried-
hofes aus statt.
Die trauernde Witwe nebst Kindern.

Anker-Briquetts

anerkannt vorzüglichste Qualität
sind zu haben bei
Friedr. Daniel & Co.
Berlin W., Reichenstr. 29.

Kusschneiden 1 bis 15/11. erhaltl.

1 Loh- Tannbad

ärztlich empf. gegen Haut-, Nier-
und Frauenkrankheiten, Nisch u.
Rheuma
tismus, Blasenleiden, veraltete
Geschlechtskrankh. u. Folgen der
Quensilverluren
umjonst.
Zu gleicher Zeit empfehle alle
anderen mediz. sowie Dampf-
und Dampfbäder täglich für
Damen u. Herrn 5 abends 9 Uhr.
Bäder f. Kranken G. Richter,
persönlich, fr. Spandauerstr. 6.
29220*

